

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Dönhof 292 bis 297
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des erscheinenden Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonderkommissar für den Westen

Polizeikommandeur wird Vorgesetzter der Oberpräsidenten

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Düsseldorf, 14. Februar.

Der Reichskommissar Göring hat mit sofortiger Wirkung bis über die Wahlzeit hinaus den höheren Polizeiführer West, Polizeikommandeur Stieler von Heydelamp als dem Reichskommissar unmittelbar unterstellten Sonderkommissar mit besonderen Vollmachten für die Provinzen Rheinland und Westfalen bestimmt.

Sämtliche Anordnungen des Sonderkommissars ergehen im Namen des Reichskommissars. Die einheitliche Leitung der gesamten staatlichen und kommunalen Polizei und der Landjägeri in beiden Provinzen liegt in seiner Hand. Alle Behörden haben Anforderungen von Polizeikräften unverzüglich Folge zu leisten.

Der Polizeikommandeur Stieler von Heydelamp, ein rechtsstehender Polizeioffizier, der, von Bracht berufen, bisher als höherer Polizeiführer West nur mehr oder weniger die Aufgaben eines Inspektors der Schutzpolizei im Westen wahrzunehmen gehabt hatte, ist damit zum Polizeigewaltigen für ganz Westdeutschland ernannt worden. Dadurch sind nicht nur sämtliche örtlichen zivilen Inhaber der Polizeigewalt, sondern auch die Landräte und Regierungspräsidenten diesem Polizeioffizier unterstellt, der in polizeilichen Angelegenheiten von nun an auch den beiden dem Zentrum angehörenden Oberpräsidenten in Koblenz und Münster Anordnungen geben kann. Seine Befugnisse sind die gleichen, wie sie der Reichskommissar Göring als Leiter des preußischen Polizei-

ministeriums inne hat. Genauere Mitteilungen über seine „besonderen Vollmachten“ fehlen.

Welche besondere Veranlassung der Reichskommissar Göring für die Einsetzung eines polizeilichen Sonderkommissars gerade für diese beiden preußischen Provinzen hatte, wird nicht mitgeteilt und ist auch nicht bekannt geworden. Falls es aber auch richtig sein sollte, daß Stieler von Heydelamp ermächtigt sei,

nötigenfalls als Rückhalt für die Polizei Angehörige der SA, und SS, sowie des Stahlhelms heranzuziehen,

so mühte gegen einen derartigen Plan scharfster Protest erhoben werden. Die Bevölkerung in diesem größten europäischen Industriegebiet unterscheidet sich in ihrer Zusammenfassung nicht unwesentlich von der manchen Gebieten Ostelbiens. Eine Heranziehung der rechtsgerichteten Wehrverbände zu polizeilichen Aufgaben mühte erst recht zu einer schweren Erschütterung des Vertrauens in die unparteiliche Handhabung der Polizeiregulative führen und dadurch statt zur Beruhigung zur Erregung der Bevölkerung beitragen.

Man hat hier den Eindruck, daß Berlin bei der Behandlung des deutschen Westens genau denselben psychologischen Fehler begeht, den es bei der Behandlung des deutschen Südens begangen hat.

Der Kampf um die Aemter

Auch der gestrige Tag brachte neue Beurteilungen leitender preußischer Beamter. So wurde die bereits angekündigte Entfernung des Leiters der Polizeiabteilung im preußischen Innenministerium, Ministerialdirektor Dr. Klausener, durchgeführt. Von einer Wiederverwendung im

Reichsverkehrsministerium, die für diesen dem Zentrum angehörenden Beamten, der auch Leiter der katholischen Aktion ist, ist nicht mehr die Rede. Gleichzeitig mit ihm ist sein Stellvertreter, der rechtsgerichtete Ministerialdirigent Gräber, beurlaubt worden. Aus der Provinz kommt die Nachricht, daß der Regierungspräsident von Arnberg, Genosse König, auf Urlaub gehen mußte.

Am gestrigen Tage waren beim Reichskommissar Göring sämtliche preußischen Ober- und Regierungspräsidenten zu einer Besprechung geladen.

Die schwierigste Aufgabe wird den neuen Herren am heutigen Tage erwachsen, denn von den Maßregelungen des Herrn Göring sind betroffen: ein Ministerialdirektor, zwei Ministerialdirigenten, ein Oberpräsident, vier Regierungspräsidenten, drei Regierungspräsidenten, dreizehn Polizeipräsidenten, ein Oberregierungsrat als Vertreter eines Polizeipräsidenten, fünf Polizeiobersten, zwei Polizeioberleutnants, zwei Polizeimajore... und da wird in der heutigen Sitzung der Kommissariatsregierung die Einigkeit der nationalen Front bei der Neubesetzung sicherlich Triumphe feiern. Zur „Beurlaubung“ von 17 Sozialdemokraten, 7 Staatsparteilern, 4 Angehörigen des Zentrums, 3 Deutschen Volksparteilern und — 3 Deutschnationalen brauchte Herr Göring die Genehmigung des Herrn v. Papen nicht. Vielleicht werden sich die preußischen Kommissare sogar darüber einigen, sämtliche burlaubte Herren, soweit sie dazu beamtenrechtlich überhaupt in stande sind, zur Disposition zu stellen, denn dadurch werden ja Stellen frei und man braucht freie Stellen. Bloß auf die Einigung über die Neubesetzung sind wir neugierig.

Nein! Nein! Nein!

Deutschland ist nicht Italien!

Ist Deutschland Italien? Die Vatendeutschen wollen italienische Zustände in Deutschland einführen. Ihre Zeitungen schreien im Lande, daß sie nicht „über Zwirnsfäden stolpern“ sollen. Die Zwirnsfäden, das sind die Vorschriften der Verfassung, es sind die politischen Rechte des Volkes, das Recht des Reichstags. Die Geflüste zum offenen Bruch der Verfassung sind offenkundig. Der Terror soll von den Straßen in die Parlamente getragen werden, bis die Volksvertretung zu einer bloßen Kulisse vor der reinen Gewalt Herrschaft einer Partei geworden ist.

Die Sprengung des Ueberwachungsausschusses des Reichstags, die gewaltsame Verhinderung einer ordnungsgemäßen Sitzung ist offenkundiger Verfassungsbruch. Eine Minderheit hat gegen den Willen der Mehrheit die parlamentarische Kontrolle der Regierungstätigkeit, wie sie in der Verfassung vorgesehen ist, verhindert. Der Preußische Landtag ist für die Dauer der Wahlzeit ausgeschaltet. Die Ueberwachungsausschuss des Reichstags ist gewaltsam zerprengt. Ueber die Vorwände ist kein Wort zu verlieren — das verfassungsmäßige Recht des Parlaments sollte zerlegt werden!

Eine Generalprobe der Gewalt ist gemacht. Der Reichstag, der am 5. März gewählt wird, soll nach dem Willen der nationalsozialistischen Gewaltpartei eine ohnmächtige dekorative Einrichtung sein, ein Sejm unter pilsudkischer Diktatur oder ein Scheinparlament nach faschistischem Muster.

Die Absichten sind klar. Ebenso klar ist, daß die Reste des Bürgertums diesen Absichten kleinmütig und willenlos gegenüberstehen. Auf diese Kreise mag der Versuch des Terrors nach faschistischem Muster Eindruck machen — auf sozialistisch geschulte Proletarier aber nicht!

Die Tobsucht des faschistischen Terrors schafft weder Arbeit noch Belegung der Wirtschaft. Sie ist das beste Mittel zur Verewigung der Wirtschaftskrise. Ein wunderbarer „Wiederaufbau“ aus der Krise mühte das werden, wenn Staat und Recht nach dem 5. März nach dem Willen der Nationalsozialisten durcheinandergebracht würden! Wir gratulieren dem Bürgertum schon im voraus zu diesen Aussichten, für die es selbst die volle Verantwortung trägt! Heute hören wir die Ankündigungen von der Ausrottung des Marxismus, von dem zehnjährigen Vernichtungskampf — aber nicht wir werden auf der Strecke bleiben, sondern das Bürgertum wird die Zechen bezahlen!

Ist Deutschland Italien? Das Gefüge seiner Wirtschaft, die soziale Zusammensetzung seiner Bevölkerung, die politische und soziale Tradition seiner Bevölkerung ist anders als in Italien! Anders ist Bedeutung und Schwergewicht des deutschen Proletariats, und die politischen Hajardeure, die von der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen schwärmen, vergessen, daß das Proletariat eines modernen Industriestaates immer organisiert ist durch die Produktion selbst!

Die faschistische Diktatur kann die Klassen-gegenstände in Deutschland nicht beseitigen, sie kann sie nur in ganz ungeheurer Weise verschärfen. Ihre Anhänger berufen sich gern auf die 12 Millionen Stimmen, die am 6. November für sie abgegeben worden sind, einen zusammengelaufenen Haufen, der sich seit dem 31. Juli schon wieder um 2 Millionen verkleinert hat. Ihnen gegenüber stehen unverändert und unveränderlich mindestens 13 bis 14 Millionen der Werkstoff,

Leiparts Warnung

„Kampf auf Tod und Leben“

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Genosse Leipart, befaßte sich gestern abend in einem Vortrag, den er in der Hochschule für Politik über die Stellung der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft hielt, auch mit der gegenwärtigen politischen Lage. Er führte dabei u. a. aus:

„Es liegt die Gefahr sehr nahe, daß die begonnene Eingliederung der Arbeiter in den Staat wieder völlig zerfällt wird. Die jüngsten offiziellen Reden im Rundfunk und im Sportpalast lassen kaum noch Zweifel daran, daß die Kräfte, denen heute die Macht im Staate ausgeliefert ist, diese Absicht verfolgen.“

Diese Reden können nicht anders als eine Kampfanzeige an die organisierte Arbeiterschaft aufgefaßt werden.

Es zwingt mich die Verantwortung vor der Zukunft, zu sagen, daß dieser angebrochte Kampf, wenn er mit Gewaltmaßnahmen eingeleitet wird, nicht ohne allergrößten Schaden vom deutschen Volk ertragen werden können. Es würde bei dem Freiheitswillen und der Entschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft ein Kampf auf Tod und Leben werden, dessen furchtbare Folgen die jetzigen Machthaber im voraus abhelfen mühten.“

Umsturz im Reichsrat

Die „Kommissare des Reiches für Preußen“ haben als neue Vertretung des preußischen Staates im Reichsrat folgende Personen benannt:

Als Bevollmächtigte des preußischen Staates: von Papen, Göring, Popitz, Hugenberg, Hölcher und Kust.

Als stellvertretende Bevollmächtigte im Hauptamt: Staatssekretär Dr. Robio, die Ministerialdirektoren Dr. Vandfried, Schühe, Neumann, Dr. Hog (Finanzministerium) und Hauptmann a. D. Körner (Ministerium des Innern).

Die „Kommissare des Reiches“ haben weiter beschlossen, die Ministerialdirektoren Dr. Badt, Brecht und Uehmann in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.

Das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober sagt:

„Dem Reichskommissar konnte weder diese Befugnis (nämlich das Recht, Anweisungen über die Ausübung des Stimmrechts an die Reichsratsbevollmächtigten zu geben. D. Red.) noch das Recht übertragen werden, die bisherigen Bevollmächtigten im Hauptamt in den einstweiligen Ruhestand zu setzen noch neue Bevollmächtigte zum Reichsrat zu ernennen.“

Die diktatorische Einsetzung von Reichsratsbevollmächtigten durch die preußische Kommissariatsregierung stößt bei der bayerischen Regierung auf den allerstärksten Widerstand. Sie wird deshalb in der Donnerstagssitzung des Reichsrats die neuernannten preußischen Reichsratsmitglieder nicht als wirkliche Bevoll-

mächtigte anerkennen und bei der für Mittwoch im Gebäude der bayerischen Gesandtschaft in Berlin angelegten Vorbesprechung der süddeutschen Regierungen einschließlich Hessens Sachsens und der Hansestädte in der gleichen Richtung ihren Einfluß geltend machen.

Die bayerische Regierung begründet ihre Haltung mit folgender Rechtsauffassung: Ein Reichsrat, in dem die der preußischen Staatsregierung unmittelbar zustehenden Reichsratsstimmen von einem Reichsorgan instruiert werden, ist kein Reichsrat mehr, wie er in der Reichsverfassung vorgesehen ist. Der Reichsrat ist ausschließlich ein Organ der Länder.

Polizei im Reichstag!

Kommunistischer „Hochverrat“

Gestern abend nahm die politische Polizei, wie offiziös gemeldet wird, wegen dringenden Verdachts vorbereitender Handlungen zum Hochverrat eine Durchsuchung in den Räumen des Reichstages vor, in denen eine kommunistische Versammlung von Angestellten und Betriebsvertretern tagte. Es wurde in den durchsuchten Räumen Material beschlagnahmt.

Und der Ueberwachungsausschuss? Und Franz II?

Grubenunglück!

Zehn Bergleute verschüttet

Hindenburg, 14. Februar

Auf der Königin-Luise-Grube, Ostfeld, ging heute abend gegen 20 Uhr auf der 340-Meter-Sohle ein Pfeiler zu Bruch. Dabei wurden zehn Bergleute verschüttet. Zur Zeit geben zwei der Verschütteten Lebenszeichen. Die Rettungsbereitschaften sind sofort aufgenommen worden.

Die in dem Willen, sich nicht verflauen zu lassen, einig sind.

Offen ist von der anderen Seite ausgesprochen worden, daß der 5. März keine Entscheidung bringt, sondern nur eine Vorüberzweignung. Auch wir sind uns vollkommen dessen bewußt, daß dieser Wahltag nur den Auftakt für die bevorstehenden großen Auseinandersetzungen bildet. Aber gerade darin besteht seine unermessliche Bedeutung, daß er in engerem Sinne als irgendeiner seiner Vorgänger eine „Scheerhaue“ ist. Im Wahlkampf müssen wir die Kräfte entwickeln, die über den Wahlkampf hinaus nötig sind, um zu verhindern, daß an die Stelle deutscher Volksrechte eine italienische Sklaverei gesetzt wird!

An der Schwelle großer geschichtlicher Ereignisse, in denen sich das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes entscheiden wird, stehen die Wahlen am 5. März. Sie werden uns den Sieg noch nicht bringen, aber sie können ihn vorbereiten, ja gewiß machen!

Darum alle Kräfte angespannt, damit dieser Wahlkampf unsere Feinde zurück- und uns vorwärtsbringt!

Die Presse-Not

Verbot! Verbot! Verbot!

Die „Gewerkschaft“, das Organ des Gesamtverbandes, ist mit ihren Kopfbüchern auf Grund des § 9 Absatz 1 Ziffer 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Februar 1933 und in Verbindung mit den §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuches bis zum 26. März verboten worden. Das Verbot erfolgte wegen eines „Eingefandl“ aus Kollegenkreisen in Nr. 6 der „Gewerkschaft“ vom 11. Februar.

*

Die badische Regierung hat auf Ersuchen des Reichsinnenministers die „Volkszeitung“ in Heidelberg, ein Kopfbüchlein der „Mannheimer Volksstimme“, auf die Dauer von fünf Tagen verboten.

Das Blatt hatte in einem Artikel u. a. die Anfrage an die badische Regierung gerichtet, ob sie bereit sei, die Rundfunkrede Hitlers in Baden anzuhören zu lassen. Bei dieser Gelegenheit war der Aufruf, der in ganz Deutschland einen ungeheuren Proteststurm ausgelöst hat, einer Kritik unterzogen worden. Der Reichsinnenminister erwiderte dem Tatbestand der „Beschimpfung und Verächtlichmachung“.

*

Die „Reicher Zeitung“ ist für die Zeit vom 15. bis einschließlich 17. Februar verboten worden. Die „Reicher Zeitung“ ist eines der ältesten und einflussreichsten Zentrumsblätter des ganzen Ostens.

*

Die mecklenburgische Nazi-Regierung hat am Dienstag die gesamte sozialdemokratische Presse Mecklenburgs auf acht Tage verboten. Angehlich sollen in verschiedenen Artikeln Mitglieder der Reichsregierung böswillig verächtlich gemacht worden sein.

*

Die politisch-satirische Wochenzeitung „Die Ente“ ist vom Berliner Volkspräsidenten wegen „böswilliger Verächtlichmachung einiger Mitglieder des Reichskabinetts“ bis zum 31. März verboten worden. Erst kürzlich wurde das Redaktionsbüro des Blattes bekanntlich von SA-Burschen überfallen.

SA-Terror in Ludenwalde

Eigener Bericht des „Vormärts“

Ludenwalde, 14. Februar.

Die Eiserne Front hatte für Dienstagabend eine öffentliche Wählerversammlung einberufen. Referent sollte Genosse Dr. Löwenstein sein. Der größte Saal des Ortes war bereits um 168 Uhr voll besetzt. Während der Vorführung des Genossen Löwenstein von der Bahn abholte, überfielen SA-Leute den Saal. Die Polizei hatte am Eingang sämtliche Versammlungsbesucher nach Waffen untersucht. In der Zwischenzeit drangen durch einen Nebeneingang etwa ein Dutzend SA-Leute in Uniform, es waren Leute

von den Stürmen 66 und 33 aus Berlin

in den Saal. Der Haupteingang, der von Polizei besetzt war, war völlig versperrt. Schließlich waren die SA-Leute, die nach und nach eindrangen, in einer Anzahl von rund 150 Personen erschienen. Sie waren mit Schlagruten und sonstigen Schlaginstrumenten versehen und schlugen auf die Versammlungsbesucher am Eingang ein. Teller, Biergläser, Kaffeekannen, Tische und Stühle wurden von ihnen benützt, um damit die Versammlungsbesucher anzugreifen. Die Polizei beschränkte sich darauf, die Frauen aus dem Eingang herauszudrängen.

Der Saal ist ein wüster Trümmerhaufen, die Fenster Scheiben sind zertrümmert, Tisch und Stühle völlig zerbrochen. Nach den Feststellungen sind

10 Versammlungsbesucher verletzt, darunter 4 schwer.

Die Arbeiterschaft ist außerordentlich erregt und plant für die nächsten Tage eine Demonstration.

Wahlpest im Großen

Vollstreckungsschutz erweitert — Staatssekretär für Mittelstand

Um die Wahlen für ihre Interessenten ausgiebig zu machen, arbeitet die Regierung der nationalen Erhebung unter Volldampf. Die Tinte unter den Verordnungen zur Erhöhung der Vieh-, Fleisch-, Schmalz- und Speckzölle und zur Kündigung der französischen Zollbindungen ist noch nicht trocken. Aber das Reichskabinett hat Dienstagmittag, wie gemeldet wird, bereits wieder eine neue Verordnung über die Erweiterung des landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutzes fertiggestellt. Die Veröffentlichung ist für heute angekündigt.

Die letzten Büden des bisher schon sehr weitreichenden Vollstreckungsschutzes in der Landwirtschaft dürften durch diese Verordnung geschlossen werden, die sich auf die gesamte Landwirtschaft des ganzen Reiches und jede Art von landwirtschaftlichen Betrieben erstreckt, soweit nur die landwirtschaftlichen Schuldner „ohne eigenes Verschulden“ in eine finanzielle Notlage gekommen sind. Bisher galt schon ein Vollstreckungsschutz für Grund- und Betriebsvermögen, der sogar die

Früchte auf dem Felde einschloß und zwar bis zum 1. Oktober d. J. Neu dürfte sein, daß

nicht mehr der Schuldner den Beweis dafür zu bringen hat, daß er ohne sein Verschulden in Notlage geraten sei.

Sondern die Beweislast fällt dem Gläubiger zu. Daß die Gläubiger bei dieser Lage wenig Aussicht haben, zu ihrem Gelde zu kommen, ist ganz selbstverständlich.

Hugenberg und sein Staatssekretär Bang haben gesagt, die Wiederherstellung von Treu und Glauben im Wirtschaftsleben sei eine der vornehmsten Aufgaben der neuen Wirtschaftspolitik. Daß dem Gläubiger die Beweislast für die Schuld an der Notlage zugeschoben wird, ist das Gegenteil eines solchen Grundgedankes, vom Prinzip des Vollstreckungsschutzes ganz zu schweigen. Das Ergebnis wird freilich für die Landwirtschaft vernichtend sein; denn der landwirtschaftliche Kredit wird noch mehr zerstückelt als bisher.

Bei der Erweiterung des Vollstreckungsschutzes wird der

gewerbliche Mittelstand auf dem Lande

von neuem in Mitleidenschaft gezogen. Wie weit Steuern und Zinsen unter den neuen Schutz fallen, muß sich noch zeigen. Aber Hugenberg ist auch hier nicht in Verlegenheit. Er hat sich daran erinnert, daß die Handwerkskammern und die Organisationen des Mittelstandes seit langem eine besondere Vertretung ihrer Mittelstandsinteressen in der Reichsregierung verlangt haben. Hugenberg hat deshalb den Vertretern der mittelständlerischen Organisationen versprochen, daß er ein Staatssekretariat für den Mittelstand schaffen wolle und eine solche Stelle beim Reichswirtschaftsministerium für den neuen Etat beantragen werde.

Daß die Masse der Handwerker und Kleingewerbetreibenden mit diesem Erfolge für die von ihnen erwarteten neuen Aufträge und besseren Verdienste zufrieden sei, ist allerdings kaum anzunehmen.

Brief an Göring

Das Zentrum erinnert ihn an seine Pflichten

Im Namen der Zentrumsmitglieder des Ueberwachungsausschusses hat Abg. Wegmann an den Reichstagspräsidenten Göring folgendes Schreiben gerichtet:

„Nachdem am 7. d. M. die Sitzung des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung infolge des Verhaltens von nationalsozialistischen Mitgliedern vor Beginn der sachlichen Arbeiten gesprengt worden ist, haben sich heute diese beschämenden Vorgänge wiederholt. Da Sie vom Vorsitzenden des Ausschusses über die Vorkommnisse am 7. d. M. unterrichtet und gebeten worden sind, den ordnungsmäßigen Verlauf der heutigen Sitzung zu ermöglichen, muß ich zugleich im Namen der übrigen Zentrums-Ausschussmitglieder meinem schmerzlichen Bedauern Ausdruck geben, daß Sie dem Ausschuh die Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte nicht ermöglicht haben. Ich bedaure das um so mehr als gerade in der heutigen Sitzung auch Beschluß gefaßt worden sollte über Hilfsmassnahmen des Reichs zugunsten der von dem furchtbaren Unglück in Reutlingen Betroffenen.“

Ihr Nichteingreifen berührt mich um deswillen besonders eigenartig, weil wir noch vor wenigen Monaten in dem gleichen Ausschuh gemeinsam gegen verfassungswidrige Massnahmen der Regierung v. Papen und für die Rechte der Volksvertretung gekämpft haben. Die Mitglieder meiner Fraktion haben Ihnen bei den letzten Präsidentschaftswahlen einmütig die Stimme gegeben; sie haben dabei auf Ihre vor dem Reichstag und damit dem deutschen Volk feierlich abgegebene Erklärung vertraut, daß Sie die Geschäfte unparteiisch gemäß der Geschäftsordnung und der Verfassung führen würden.

Nach der Verfassung und Geschäftsordnung gehört es zu den vornehmsten Pflichten des Präsidenten, die Arbeiten des Plenums und seiner Ausschüsse zu gewährleisten. Sie werden mit mir davon durchdrungen sein, daß Sie sich von der unparteiischen Erfüllung Ihrer präsidialen Pflichten auch nicht durch Ihre Parteifreunde im Ausschuh abhalten lassen dürfen. Ich richte daher an Sie das dringende Ersuchen, dem Ausschuh

zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung die Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte unverzüglich zu ermöglichen und zu gewährleisten.“

Auch Abg. Pfleger hat namens der Bayerischen Volkspartei an Göring ein Schreiben gerichtet, das ihn zur Ausübung seiner Präsidentenpflichten auffordert.

Auch die kommunistischen Mitglieder des Ausschusses veröffentlichten eine Erklärung, in der sie gegen die Sprengung des Ausschusses protestieren.

Rechtsanwalt Frant II

Die Presseleitung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion teilt mit:

„Abgeordneter Dr. Frant II hat bei der

Hochschule für Faschismus?

Rust hält Parteireden im Hörsaal unter Vorsitz des Prof. Kohlrusch

Gestern abend hielt in der Universität der derzeitige kommissarische Kultusminister Rust einen Vortrag über den nationalsozialistischen Kulturwillen. Nach einer halbständigen Vorbereitung wurde die Versammlung von dem Rektor Prof. Kohlrusch mit der Bemerkung eröffnet, es sei die Pflicht der Universität, öffentlichen Bewegungen ihre Räume zur Verfügung zu stellen. Die Versammlungsleitung habe er gerne übernommen, weil er damit betonen wolle, daß die Wissenschaft mit der Zeit gehe.

Rust behauptete, die nationalsozialistische Bewegung sei „aus den Tiefen des Volkes auf das Katheder gestiegen“.

Wir haben die Macht im Staate ergriffen. Unser Führer wurde am 30. Januar Kanzler des Deutschen Reiches.

Adolf Hitler wird die Macht nie wieder aus der Hand geben.

Wir werden den Kampf, den wir in der Opposition aufgenommen, jetzt mit allen Mitteln der Staatsgewalt durchführen. Unsere Gegner haben uns gezeigt, wie man die Staatsgewalt nicht gebrauchen darf. Die Sozialdemokratie war nicht aus eigener Kraft aus Ruder gekommen, sie hat sich die Macht erschlischen. Die Bolschewisten machten die Revolution und die Sozialdemokratie hat sich in den Sattel gesetzt. Diese Periode des liberalistischen Marxismus ist zu Ende. Wenn wir jagen, wir sind Revolutionäre, dann verstoßen wir nicht gegen die nationalen Gegebenheiten. Wir kämpfen gegen die Entartung durch den Liberalismus und Marxismus. Diese Ungeheuer gibt es zu beseitigen. Der Nationalsozialismus ist die Regenerationslehre des nationalen Lebens. Die wissenschaftlich nicht angreifbare Lehre der

Vererbung rassistischer Werte löst das Wort Gleichheit aus.

Wir lehnen von unserem Standpunkt die Gleichstellung aller Menschen ab. Es gibt auch keine Gleichheit innerhalb einer Rasse. Die schöpferische Persönlichkeit steht im Mittelpunkt unseres Lebens. Ihr gilt die Pflege aller Maßnahmen des Kultusministeriums. Nicht das Individuum, sondern die Nation ist das Maß aller Dinge. Wir lehnen die Freiheit als unmenschlich ab. Die Idee des Pazifismus erlischt. Ein Volk, das nicht den Mut hat, die Kinder zu gebären, die nach der Natur geboren werden wollen, das die natürliche Kastei durch eine negative ersetzen, muß zugrunde gehen. Wir werden alle Notleidenden unterstützen. Aber der Staat darf nie zu einer Versicherungsanstalt werden, weil dann die Schwachen über die Starken siegen werden.

Ich kann mir nicht denken, daß artfremde Menschen, auch wenn sie den besten Willen haben, die deutsche Kultur aufbauen können. Sie gilt es zu beseitigen. Erst wenn der nationalsozialistische Geist die Hochschule erobert hat, wenn das Dritte Reich aufgebaut ist, dann wird Deutschland befreit sein...“

In dem Stil redete der preußische Kultusminister des Reiches weiter und der Rektor Prof. Kohlrusch präsierte.

Man kann Mitleid mit ihm und seiner Hochschule haben!

Berlin bleibt rot!

Unsere nächsten öffentlichen Partei- und Betriebs-Veranstaltungen:

7. Kreis — Charlottenburg: Donnerstag, den 16. Februar, 20 Uhr, im Türkischen Zelt, Charlottenburg, Berliner Str. 53. Referent: Erich Lübke, M. d. R.

10. Abt. — Tiergarten: Freitag, den 17. Februar, 19.30 Uhr, Eiserne-Front-Versammlung im Schultheiß-Patzenhofer, Turmstr. 26. Referent: Kurt Hainig, M. d. R.

22. Abt. — Wedding: Mittwoch, den 15. Februar, 19.30 Uhr, in der Hochschulbrauerei, Amrumer-, Ecke Seestr. Referent: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.

17. und 23. Abt. — Wedding: Mittwoch, den 15. Februar, 19.30 Uhr, im großen Saal der Hochschulbrauerei, See-, Ecke Amrumer Straße. Referent: Karl Litke, M. d. R.

82. Abt. — Steglitz: Donnerstag, den 16. Februar, 20 Uhr, Kundgebung in der Aula des Gymnasiums, Steglitz, Heesestr. 15. Referent: Dr. Richard Lohmann.

Knorbromse: Donnerstag, den 16. Februar, 15½ Uhr, Fraktionsversammlung mit Sympathisierenden bei Fiedler, Lichtenberg, Sonntag- Ecke Ludwig-Lehmann-Straße. Referent: Max Heydemann, M. d. L.

85. Abt. — Tempelhof: Sonnabend, den 18. Februar, 20 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Straße. Referent: Dr. Richard Lohmann.

151. Abt. — Niederschönhausen: Sonnabend, den 18. Februar, 18 Uhr, Kundgebung bei Dittmann, Rosenthal, Hauptstr. 106. Referent: Genosse Flücht. Außerdem Mitwirkung der Kinderfreunde, des Sprechchors und des Singekreises.

Die Lichtenberger „Tonne“

Menschenfalle im Osten Berlins — Kinder in Gefahr — Reichsbahn muß handeln

Im Osten Berlins, im Verwaltungsbezirk Lichtenberg, befindet sich im Zuge der Boghagener Straße eine Bahnunterführung, die im Volksmund die „Tonne“ genannt wird. Eine im wahrsten Sinne des Wortes tonnenähnliche Öffnung führt unter dem Gleiskörper des Vollrings und der Güterbahn von der Boghagener zur Marktstraße hindurch. Dieser tonnenähnliche Durchgang ist die einzige Verbindung zwischen den Ortsteilen Boghagen und Neu-Lichtenberg und ein Hauptverkehrsweg vom Osten zur Ausfallstraße nach Schöne-weide. Die Höhe dieser „Tonne“ beträgt sieben Meter. Der schmale Fahrdamm wird von zwei je einen Meter breiten Gehbahnen flankiert. Die Höhe der Unterführung ist 3,90 Meter!

Die Straßenbahn kann durch diese Menschen-falle nur eingleisig fahren, und es ist ein wahres Wunder, daß hier, wo drei Straßenbahnlinien verkehren — die 13, 76 und 113 — nicht täglich Zusammenstöße erfolgen. Verschärfend tritt hinzu, daß die Straßenführung hier keineswegs geradlinig sondern im scharfen Winkel verläuft. Die Straßenbahnfahrer haben an dieser Weiche absolut keine Uebersicht und können sich im gegenseitigen Verkehr nur durch scharfes Läuten bemerkbar machen. Oft kommt es daher vor, daß Fahrer, die den entgegenkommenden Wagenzug nicht rechtzeitig „gehört“ haben — und das soll bei dem Gerassel der überfahrenden Bahn und dem an dieser Stelle starken Wagen- und Autoverkehr auch gar nicht so leicht sein — ihren Wagen zurückfahren müssen, was dann Verkehrsstopfungen und Verspätungen zur Folge hat.

Durch diese „Tonne“ muß aber auch der gesamte andere Auto- und Wagenverkehr nach dem vorgenannten Ortsteil, in dem sich große Betriebe befinden und zahlreiche Geschäftsleute wohnen, da es sich um einen dichtbevölkerten Bezirk handelt.

Ebenfalls durchziehen diese Tonne täglich Tausende von Wohlfahrtsunterstützungsempfängern,

da sich in dem dahinterliegenden Ortsteil die Türschmidtstraße mit dem Lichtenberger Stadthaus befindet, in dem die gesamten Wohlfahrts-einrichtungen des Bezirks Lichtenberg untergebracht sind. Auch muß der größte Teil der Lichtenberger Arbeitsunterstützungsempfänger zur Stellung von Anträgen und Auszahlung von Unterstützungen hier hindurch. Kurz hinter der „Tonne“ liegt auch noch eine Feuerwache, die bei Alarm ebenfalls diesen schmalen Pfad passieren muß.

Das Raß des Unerträglichsten läuft aber über, wenn man weiß, daß unmittelbar hinter dieser Ständelöfen Bahnunterführung eine große Doppelschule und das Zahn-Realgymnasium liegen.

Auch die Schüler dieser Anstalten müssen fast durchweg auf den Wegen von und zur Schule diese Verkehrsfalle passieren.

Jeder, der weiß, wie impulsiv Kinder nach Schluß der Straße erstürmen, wird ermessen können, welche Angst Eltern und Lehrerschaft hier täglich ausstehen. Vor einigen Tagen hat deshalb auch erneut die Elternschaft der Schule in der Marktstraße eine dringliche Resolution an das Lichtenberger Bezirksamt gerichtet. Es wird unbedingt verlangt, daß hier Abhilfe geschaffen wird.

Seit Jahren bemühen sich die kommunalen Körperschaften, diesem Uebelstande abzuhelfen. Bereits 1925 wurde anlässlich der Etatberatung die erste Baurate für den Ausbau dieser Bahnunterführung eingesetzt und bewilligt. Bis heute 1933 konnte die „Tonne“ nicht umgebaut werden, weil sich die Reichsbahn weigert, den Umbau vorzu-

nehmen. Für die feinerzeit absolut kurzfristige Bauweise der Stadt- und Vorortbahnstrecke muß heute die Stadtgemeinde den größten Teil der Kosten tragen. Aber hier in diesem Falle leistet sich die Reichsbahnverwaltung ein übriges. Die Reichsbahn erklärt:

„eine bauliche Veränderung dieser Bahnunterführung kommt für sie erst dann in Frage, wenn sie das große Projekt der Verlegung des Kreuzungsbahnhofs Stralau-Rummelsburg in Angriff nehmen kann“.

Es wäre jetzt noch einmal möglich, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms an die Reichsbahn heranzutreten. Der Berliner Magistrat stellt im Rahmen dieses Programms einen Plan auf, der eine Gesamtsumme von etwa 33 Millionen Mark umfaßt. In diesem Programm sind etwa 3,4 Millionen Mark für notwendige Brückenerneuerungen und Verbesserung von Bahnunterführungen eingeplant worden. Die Stadtverordnetenversammlung ist

auf Grund der Auflösungsverordnung nicht in der Lage, an der Beratschlagung dieses Programms so mitzuarbeiten, wie es notwendig wäre. Lediglich im Rahmen der Finanzdeputation können und werden die sozialdemokratischen Mitglieder wieder die Inangriffnahme des Umbaus der „Tonne“ fordern.

Wir Sozialdemokraten halten den Standpunkt für untragbar, daß eine solche Verkehrsfalle, die täglich von Tausenden von Erwachsenen und Kindern passiert werden muß, so lange bestehen soll, bis einmal das goldene Zeitalter anbricht, in dem die Reichsbahn Mittel hat, den Bahnhof Stralau-Rummelsburg zu verlegen. Wir fordern vielmehr, daß der Berliner Oberbürgermeister, der jetzt allein die Verantwortung trägt, den Oberpräsidenten besonders dringlich auf diesen Standal hinweist und daß gemeinsam Wege gefunden werden müssen, um sofort im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms diesen notwendigen Umbau vorzunehmen.

Frieda Rosenthal, Stadtverordnete.

Grauenhaftes Familienschicksal

Frau und zwei Kinder umgebracht — sich selbst erhängt

In der Krojaallee 134 in Reinickendorf wurde eine grauenhafte Familienschicksal entdeckt. Die aus vier Personen bestehende Familie des 36 Jahre alten Büroangestellten Adolf Jaap wurde in den gestrigen Abendstunden tot in der Wohnung aufgefunden. Der Mann hatte sich erhängt, nachdem er zuvor seine Frau und seine beiden Kinder umgebracht hatte. Nach den bisherigen polizeilichen Feststellungen scheint es sich um eine Tragödie der Not zu handeln.

Der Büroangestellte Jaap hatte mit seiner um zwei Jahre jüngeren Frau und seinen beiden Kindern, dem 11 Jahre alten Rolf und dem vierjährigen Bert, im ersten Stockwerk des Hauses Krojaallee 134, in dem Neubaublock „Weiße Stadt“ eine Zweieinhalbzimmerwohnung inne. In den letzten Monaten ging es der Familie wirtschaftlich sehr schlecht, und alle Wertgegenstände wanderten in die Pfandleihe. Als Jaap nicht mehr ein noch aus wußte, muß er den furchtbaren Plan gefaßt haben, aus dem Leben zu scheiden und seine Frau sowie die Kinder mit in den Tod zu nehmen. In den letzten Tagen der vorigen Woche wurde Frau Jaap von Hausbewohnern das letzte Mal gesehen. Nachbarn war es bereits am Montag aufgefallen, daß sich in der Wohnung der Jaapschen Eheleute nichts regte und daß auch von den Kindern keines zu sehen war. Als sich gestern in den Abendstunden auf dem Treppenhof ein übler Geruch bemerkbar machte, versuchten Hausbewohner Einlaß in die Wohnung zu bekommen. Als auf Klopfen niemand öffnete, wurde das zuständige Polizeirevier benachrichtigt. Kriminalbeamte verschafften sich gewaltfam Einlaß.

Den Beamten bot sich ein furchtbarer Anblick.

An der halbgeöffneten Wohnzimmertür entdeckten die Polizisten an der Türklinke die Leiche des 11jährigen Rolf. Im Schlafzimmer stießen die

Eintretenden auf die Leiche des 4 Jahre alten Kindes, das ebenfalls an der Türklinke erhängt war. Frau Jaap lag langausgestreckt auf ihrem Bette. Der Unglücklichen war die Kehle durchschnitten. Als letzter wurde Jaap in dem verriegelten Badezimmer gefunden. Jaap hatte sich die Pulsadern geöffnet und dann am Gasbadeofen erhängt. Die Leichen waren bereits alle stark in Verwesung übergegangen. Nach dem polizeiarztlichen Befund ist die furchtbare Tat vermutlich schon am Freitag oder Sonnabend voriger Woche geschehen. Sonderbarerweise ist im Hause von den Mietern nichts bemerkt worden. Man hat weder Schreie noch andere verdächtige Geräusche gehört.

Beisetzung der Gemordeten

Am Grabe der Witwe Röder

Am Sonntag, dem 5. Februar, drangen etwa 20 SA-Leute mit Pistolen, Dolchen, Messern und Knütteln durch zertrümmerte Fenster in das Restaurant „Bappschachtel“ in der Rubensstraße 47 in Friedenau ein. Das Restaurant ist ein Verkehrslokal kommunistischer Arbeiter. Die Eindringlinge riefen: „Hände hoch, sonst wird geschossen.“ Die Wirtin, die 56 Jahre alte Witwe Anna Röder, wollte in die Küche fliehen. Ein SA-Mann schob sie sank zu Boden und erlag einem schweren Bauchschuß schon auf der Fahrt zum Krankenhaus.

Anna Röder war eine Berliner Wirtin, wie wir sie kennen: ruhig, gemächlich, mit Mutterwitz begabt, Streitigkeiten schlichtend und jedem Lärm abhold. Sie hatte drei Kinder, eine Tochter und zwei Jungen. Der eine der beiden Söhne ist als junger Lehrer im Kriege gefallen, und auch der andere war vom Jahre 1914 ab draußen im Felde. Diese biedere Frau, die von Menschen ermordet wurde, die den Begriff deutsch und national in Erbpacht nehmen zu dürfen glauben, wurde am Montag gemeinsam von kommunistischen und sozialdemokratischen Ar-

beitern, von Angehörigen des Reichsbanners und des Roten Kampfbundes auf dem Friedhof in der Eithstraße in Schöneberg zur letzten Ruhe geleitet. Ebenso wie die Trauerfeier für die drei von der braunen SA ermordeten Jungarbeiter in Friedrichsfelde am vergangenen Freitag, war auch die letzte Ehrung für die gleichfalls von SA-Leuten ermordete proletarische Gastwirtsfrau aus Friedenau ein Gedenkstein der Arbeiterklasse zur Einigkeit im Kampf gegen den Faschismus. Sozialistische und kommunistische Jugend legte gemeinsam einen Kranz nieder, Vertreter des Roten Kampfbundes und des Reichsbanners sprachen am Sarg. Der Sarg wurde von Reichsbannerkameraden und Kampfbundangehörigen gemeinsam getragen.

Eine freudlich gemordete proletarische Mutter wurde begraben. Die Berliner Arbeiter haben sie geehrt....

Reichsbanner-Tagung

Bundes-Generalversammlung

Das Reichsbanner hat für die Zeit vom 16. bis 19. Februar seine Bundes-Generalversammlung nach Berlin einberufen. Am 16. Februar sind Sitzungen des Bundesvorstandes, des Bundesrats, sodann findet eine Pressekonferenz statt, und am Abend werden die Delegierten auf einem vom Gau Berlin-Brandenburg veranstalteten Begrüßungsabend zusammenkommen.

Freitag und Sonnabend finden die Arbeitstagungen statt. Der Bundesführer Höllermann wird den Geschäftsbericht, der auch gedruckt vorliegt, geben. Die Konferenz wird sich dann mit der Neuwahl des Bundesvorstandes und der Vorbereitung der zukünftigen Arbeit des Reichsbanners eingehend befassen.

Am Sonntag findet die Bundes-Generalversammlung mit einer großen Wehrsportübung in Tegel und einem Aufmarsch des Reichsbanners im Lustgarten, bei dem Höllermann sprechen wird, ihren Abschluß.

Stromverbrauch sinkt

Bewag ermäßigt Mahngebühr

Im Rahmen der Berliner kommunalpolitischen Pressekonferenz referierten von der Berliner Kraft und Licht A.-G. und der Bewag Dr. Ing. Adolf über die gegenwärtige Lage der Berliner Elektrizitätsversorgung und Diplomingenieur Peters über die Bewag-Tarife in der Haushaltung.

Bei dieser Gelegenheit wurde bekanntgegeben, daß die Bewag mit Wirkung vom 15. Februar in Abänderung ihrer Stromlieferungsbedingungen die Beträge für jede infolge nicht rechtzeitiger Zahlung erforderlicher erneuter Rechnungsvorlage um 50 Proz. ermäßigen werde. Während bisher bei Rechnungsbeträgen bis zu 10 Mark eine Gebühr von 50 Pfennig erhoben wurde, werden jetzt nur noch 25 Pfennig in Rechnung gesetzt.

Direktor Dr. Adolf gab zunächst eine Uebersicht über die Geschichte und den Aufbau der Bewag und der Berliner Kraft und Licht A.-G. und wies darauf hin, daß der Stromverbrauch infolge der ungünstigen Wirtschaftslage seit 1929 dauernd gesunken sei, und zwar habe die Abnahme im Jahre 1932 gegenüber 1929 11 Proz. betragen. Im laufenden Jahre sei jedoch der Rückgang der Stromabnahme zum Stillstand gekommen. Die Zahl der angeschlossenen Haushaltungen steige weiter, und gegenwärtig seien 73 Proz. aller Berliner Haushaltungen bei der Bewag angeschlossen.

Diplomingenieur Dr. Peters beschäftigte sich dann eingehend mit dem Grundgebühren-tarif der Bewag und betonte, daß der elektrische Strom im Gegensatz zu anderen Handelsgütern keine Stapelware sei, die auf Lager genommen werden könne, sondern vielmehr im Augenblick des Verbrauchs erzeugt werden müsse.

Die Zeppelin-Serie

von 264 gestochen scharfen Bromsilber-Fotos in Groß-Format enthält: Historische Aufnahmen der ersten Luftschiffe, nie veröffentlichte Kriegs-Bilder, Innen-Aufnahmen und herrliche Bilder der weltumspannenden Fahrten des »LZ 127«.

CLUB Deutschland's weitaus beste 3 1/3 Pfg-Zigarette

Tauschzentrale: Club Bilderdienst, Berlin, Werderscher Markt 4a, Ecke Werderstraße

Ostern naht — mit Schulforgen

Berufsvorbereitung — Aufstiegsmöglichkeit für Volksschüler

In diesem Jahre wirkt sich der Kriegsgedankenrückgang bei der Schulentlassung am stärksten aus, so daß zu Ostern die wenigsten Schüler seit Kriegsende von der Volksschule abgehen. Infolge der wirtschaftlichen Lage entstehen aber bei der Unterbringung der Jugendlichen in Lehrstellen trotzdem erhebliche Schwierigkeiten. Für diejenigen Jünglinge und Mädchen, die den kaufmännischen Beruf ergreifen wollen, bietet sich da in den städtischen kaufmännischen Fachschulen Gelegenheit zu einer zweitmäßigen Berufsvorbereitung.

Die städtischen Handelsschulen nehmen Schüler mit abgeschlossener Volksschulbildung oder einer ähnlichen Vorbildung auf. Für Mädchen kommen folgende Lehranstalten in Betracht: Niederwallstraße 12, Kurfürstenstraße 160, Bielefeldstraße 54, Ravenstraße 12, Pappelallee 30/31, Memeler Straße 24/25, Brandenburgstraße 37, Charlottenburg, Wormser Straße 11, Schöneberg, Mühlenstraße 15, Steglitz, Schloßstraße 43, und Neuföhren, Donaustraße 120. Eine Sonderstellung nimmt die Handelsschule Hallesche Straße 24 ein, die Fachschule für zukünftige Verkäuferinnen. Für Jünglinge kommt die Handelsschule in der Mohrenstraße 41 in Frage.

Die höhere Handelsschule fordert als Vorbedingung bei der Aufnahme die mittlere Reife. Für Mädchen bestehen folgende Schulen: Niederwallstraße 12, Kurfürstenstraße 160, Ravenstraße 12, Brandenburgstraße 37, Charlottenburg, Wormser Straße 11, Wilmersdorf, Weimariische Straße 24, Steglitz, Schloßstraße 43, Neuföhren, Donaustraße 120. Die Jünglinge finden Aufnahme in der höheren Handelsschule Mohrenstraße 41. Der Lehrgang an beiden Schulgattungen ist zweijährig.

Neuerdings sind an den höheren Handelsschulen Niederwallstraße 12, Wilmersdorf, Weimariische Straße 24, und Ravenstraße 12 Sonderklassen für Abiturientinnen und Mohrenstraße 41 für Abiturienten mit einjährigem Lehrgang eingerichtet worden.

Die Aufbauklassen

Die Berliner Schulverwaltung war in den letzten Jahren stets bemüht, die Bildungsmöglichkeiten in der Reichshauptstadt auszugestalten und

zu erweitern. In besonderer Weise haben die weltlichen Schulen dem pädagogischen Fortschritt gedient. Der „Vorwärts“ hat mehrfach über die Arbeit solcher Schulen berichtet und der Ruf einiger Schulen ist bis ins Ausland, bis in fremde Kontinente gedrungen.

Als vor einigen Jahren das Problem der Verlängerung der Schulzeit im Interesse der Jugend auftauchte, löste es die Berliner Schulverwaltung in vordbildlicher Weise, indem sie die sogenannten Aufbauklassen schuf. Diese wurden an einigen Volksschulen errichtet und haben sich seitdem gut bewährt, wie die steigende Besuchsziffer beweist. In diese Klassen werden die Schüler aufgenommen, wenn sie die zweite Klasse der Volksschule besucht haben und eine Begabung besitzen, die den höheren Anforderungen des Lehrgangs entspricht. Als Fächer treten Englisch, Mathematik, Stenographie und Schreibmaschine hinzu. Der Lehrgang umfaßt drei Jahre, so daß die Schüler also bis zum 16. Lebensjahre in der Schule bleiben. Sie erhalten dann das Zeugnis der mittleren Reife. Der Schüler hat also nicht nur seine Zeit nutzbringend für sich verwertet, sondern auch die Möglichkeit erworben, sich Berufen zuzuwenden, die die mittlere Reife, also das Abgangszeugnis der Mittelschule oder der Untersekunda einer höheren Lehranstalt fordern. Diese Vorzüge haben namentlich in der Gegenwart Bedeutung, da viele Volksschüler keine Lehre finden infolge des Mangels an Lehrstellen. Außerdem haben die Aufbauklassen den großen Vorteil, daß sie kein Schulgeld erheben. So stellen sie eine ausgezeichnete Fortbildungsmöglichkeit des Volksschülers dar.

Die Aufbauklassen sind nicht mit den Aufbauklassen zu verwechseln, über die im Stadtparlament kürzlich ein reaktionärer Antrag auf Auflösung zur Debatte stand. Die Aufbauklassen sehen einen sechsjährigen Lehrgang vor und wollen den Schüler in dieser Zeit zur Universitätsreife führen. Ein Uebergang von der Aufbauklasse zur Aufbauschule ist bei entsprechender Begabung möglich. Die Eltern, die ihr Kind in die Aufbauklasse geben wollen, müssen sich an den Rektor der zur Zeit besuchten Schule wenden.

Im Bezirk Wedding im Norden Berlins sind die höheren Schulen durch sechs Anstalten

vertreten, die dem Bildungsbedürfnis der Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Das „Leistungsgymnasium“ ermöglicht allen den Schülern, die die Sprachen des klassischen Altertums, Latein und Griechisch, als Grundlage ihres Studiums brauchen, sich hier die dafür erforderlichen Kenntnisse, anzueignen. Eine Aufbauschule die mit dieser Anstalt verbunden ist, gestattet auch Volksschülern nach Absolvierung der Gemeindefschule noch die Weiterbildung bis zur Reifeprüfung.

Höhere Schulen am Wedding

Drei Oberrealschulen — die Werner Siemens- in der Badstraße, die Diesterweg- am Zeppelinfeld und die 6. Oberrealschule in der Schönningstraße — alle drei gut besucht, zeugen dafür, daß das Streben in der Bewohnererschaft im allgemeinen darauf gerichtet ist, ihren Kindern eine gediegene mathematisch-maturwissenschaftliche Bildung zu vermitteln. Die Erlernung der modernen Fremdsprachen Englisch und Französisch, meist auch verbunden mit Kursen im Spanischen, befähigen die Abiturienten auch gleichzeitig zum Studium der neueren Sprachen und zum Eintritt in moderne kaufmännische Betriebe. Einer dieser Oberrealschulen, der 6. Oberrealschule in der Schönningstraße, ist seit vier Jahren auch ein Reformrealgymnasium angegliedert.

Das 11. Lyzeum, Müllerstraße 158, und das Schiller-Oberlyzeum, Pankestraße 41, sorgen dafür, daß auch der weibliche Teil unserer bildungsfreudigen Jugend zu seinem Rechte kommt und sich für höhere Berufe oder das Universitätsstudium in geeigneter Weise vorbereiten kann.

Was fehlt, ist die Wirtschaftsbeteiligung, die bis zum November vorigen Jahres den begabten, aber wirtschaftlich schwachen Schülern zu ihrer Ausbildung von der Stadt Berlin in großzügiger Weise gewährt wurde. Hoffentlich wird es in absehbarer Zeit wieder möglich, diese für die Entwicklung der höheren Schulen unbedingt erforderliche Beihilfe zu zahlen. Das Schulwesen in Berlin zu der heutigen Höhe geführt zu haben, ist in erster Linie das Werk sozialdemokratischer Männer. Auch daran wird die Bevölkerung bei den Gemeindevahlen am 12. März denken.

weil er sich zunächst über Bestehen der angeklagten Forderung näher erkundigen wollte. Daraufhin wurde er wieder in das Untersuchungsgefängnis gebracht, während Amtsgerichtsrat Kaphengit einen neuen Termin auf den 7. März anberaumt hat.

Die Untersuchung gegen Hinge, die bisher noch immer wegen Nordversuchs geführt wurde ist jetzt geschlossen und es dürfte sich nunmehr bald entscheiden, ob die Staatsanwaltschaft wegen dieses Delikts oder aber wegen Nordes Anklage erheben wird.

In wenig Worten

In Hermsdorf bei Berlin verstarb der bekannte Napoleonforscher Friedrich R. Kirchheim. Er hat ein Alter von nur 53 Jahren erreicht. In der sozialistischen Arbeiterbewegung ist Kirchheim durch sein im Bücherkreis erschienenen, spannend geschriebenes und literarisch wertvolles Buch über die Französische Revolution: Die Bastille bekannt geworden.

An der amerikanischen Atlantikküste von Neuschottland bis Florida herrscht ein außerordentlich starker Sturm. Bei Halifax überschwappte eine Sturmflut einen Teil der Stadt und zerstörte Hunderte von Wohnhäusern. Zahlreiche Familien wurden durch die Wassermaffen vertrieben oder von jeglicher Zufuhr abgeschnitten. Mehrere ausfahrende große Dampfer mußten schleunigst in die Häfen zurückkehren, um besseres Wetter abzuwarten. Die Transatlantikdampfer werden mit mehrtägiger Verspätung kommen, da sie gegen die gewaltigen Wellen schwer anzulämpfen haben.

Der mittlere Westen Amerikas wird von einer starken Kältewelle heimgesucht. 40 Menschen sind bisher erfroren. Das Frostelend unter den Arbeitslosen ist entsetzlich.

Furchtbarer Tod

Vom Lastauto zerquetscht

Auf furchtbare Weise ist gestern der 18 Jahre alte Arbeiter Viktor Niehner aus der Höchststraße 22 in Berlin NO. ums Leben gekommen. Auf dem Heimweg von seiner Arbeitsstelle in Hohenschönhausen wollte der junge Mann am Weihenfer Weg den Anhänger eines Lastautos besteigen, um ein Stück mitzufahren. Niehner rutschte dabei so unglücklich ab, daß er niederstürzte. Ein Rad des schweren Fahrzeugs ging über seinen Kopf hinweg. Die Leiche des Verunglückten wurde durch die freiwillige Feuerwehr

Neunkirchen in Trauer

Die letzte Fahrt der Opfer

Neunkirchen, 14. Februar.

Neunkirchen trauert. Auf halbmaße wehen die Fahnen. Kein Haus, auf dem nicht die schwarzen Flocken flattern. Tiefer Ernst in allen Gesichtern. Schweigen laßt im Beisammensein der Menschen. Die letzten Vorbereitungen werden getroffen zu der letzten Fahrt der Toten.

Tausende von Trauergästen sind aus allen Teilen des Saargebietes, des Reiches und aus Frankreich nach Neunkirchen geeilt.

Um 9 Uhr vormittags fand in verschiedenen Kirchen ein Trauergottesdienst statt, an dem auch die Vertreter der Reichsregierung und der sonstigen Behörden teilnahmen. Um 1 Uhr mittags hat man die inneren Straßen um den Markt und die Hüttenbergstraße für jeglichen Verkehr gesperrt und den gesamten Durchgangsverkehr um die Stadt herumgeleitet. Nur von einer einzigen Seite her können die Autos der Teilnehmer nahen.

Eiserne Front im Trauerzug

Es war gegen 2 1/2 Uhr nachmittags, als die Trauerkundgebung begann. Eingeleitet von der Musik und den Klagen Beechovens, gefolgt von der Kapelle der Feuerwehr. Es folgte Trauergesang des Arbeiterjüngerbundes Neunkirchen. Dann sprachen die Geistlichen und schließlich formierte sich der Zug zum Friedhof. Es mögen 50 000 Menschen gewesen sein, die die Toten begleiteten. An der Spitze das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die Vertreter der Eisernen Front, das Korps der

Arbeiterkomitee, die Delegationen der freien Gewerkschaften und freien Verbände, Delegationen aller Parteien, Stände, Berufsschichten, Vereinigungen mit ihren Fahnen. In endloser Reihe folgten die Vereine, danach die lange Reihe der Leichenwagen, auf jedem Wagen vier bis fünf Säрге. Davor die Kranzabordnungen mit Kranzpenden der freien Gewerkschaften, der Arbeiterorganisationen, der Behörden, der verschiedenen Regierungen. Dann kam die Reihe der offiziellen Behördenvertreter.

In Gedanken folgt das gesamte Saargebiet, indem von 3 bis 3.10 Uhr alle Räder stillstanden.

Der französische Außenminister hat auch an der Trauerfeier teilgenommen.

Trauer um Minister Becker

Im Gemeindehaus der Dahlemer Kirchengemeinde fand unter außerordentlich starker Beteiligung von Vertretern der Behörden, der Hochschulen und der Wissenschaft die Trauerfeier für den früheren preussischen Kultusminister Professor Dr. Becker statt. An der mit reichen Kranzpenden geschmückten Bahre versammelten sich die früheren Amtskollegen und Freunde des Verstorbenen, u. a. der preussische Ministerpräsident Otto Braun, die ehemaligen Minister Dr. Curtius, Groener, Koch-Weser und Höppler-Wischoff, Beckers Nachfolger im preussischen Kultusministerium Grimme, der offizielle Vertreter dieses Ministeriums, Staatssekretär Lammer, ferner Staatssekretär a. D. Piant, der Rektor der Universität, Prof. Kohlrusch,

der ungarische Geschäftsträger, Legationsrat von Wetstein, sowie viele hohe Ministerialbeamte des Kultusministeriums. Nach eintreffendem Orgelspiel hielt Generalsuperintendent D. Dieckhus die Trauerrede. Als Repräsentant deutscher Bildung und deutschen Geisteslebens, selbst anerkannt von seinen Gegnern, sei Becker einer von den Männern gewesen, wie sie die preussische Kultusverwaltung in ihrer 100jährigen Geschichte nur wenig gesehen habe. — Der Sarg wurde nach dem Dahlemer Waldfriedhof überführt, wo die Beisetzung erfolgte.

Bankier Hinge und der Eid

Gertrud Bindernagels Tochter muß klagen

Für die achtjährige Tochter Erika der von ihrem Gatten erschossenen Opernsängerin Gertrud Bindernagel hat der Unterhaltspfleger, Rechtsanwalt Dr. Heinrich Werthauer, gegen den Vater, Bankier Hinge, eine Klage auf Erfüllung seiner Unterhaltspflicht angestrengt.

Da Hinge bisher jede Zahlung mit der Erklärung verweigert hat, daß er nichts besitze, hatte ihm der Anwalt den Eid darüber zugesprochen, ob er im Besitz einer ausgelagerten Forderung in Höhe von 5000 M. sei. Der Bankier hatte sich zu der Eidesleistung bereit erklärt und wurde nun am Dienstagmittag zu dem hierfür anberaumten Termin dem Amtsgericht Charlottenburg vorgeführt. Das Erscheinen Hinges, der von zwei Gefängnisbeamten begleitet wurde, erregte im Gerichtsgebäude, wo sich die Nachricht schnell verbreitete, großes Aufsehen. Im Termin erklärte der Gatte Gertrud Bindernagels jedoch auf wiederholten Vorhalt, daß er den ihm zugesprochenen Eid noch nicht leisten könne,

Die Fleischpreise steigen

Wie die „Fleischer-Verbandszeitung“ berichtet, sind auf allen deutschen Schlachtviehmärkten in den letzten Tagen die Preise für Vieh erheblich in die Höhe gegangen. In Berlin und Hamburg allein sind am heutigen Dienstag die Schweinepreise um 4 bis 5 Pf. pro Pfund Lebendgewicht gestiegen. Das bedeutet eine Fleischverteuerung von rund 10 Pf. pro Pfund. Dazu wird bemerkt, daß die Steigerung der Viehpreise zweifellos auf die Zollmaßnahmen der Reichsregierung zurückzuführen ist. Auch die Schmalzpreise sind durch die Zollhöhungen sofort nach ihrer Verkündung in die Höhe gegangen, obwohl die Zollhöhung erst später in Kraft tritt.

Hohenschönhausen nach der Weihenfer Halle gebracht. — Am Stuttgarter Platz in Charlottenburg geriet die 70 Jahre alte Frau Theresie Schütz aus der Dahlemerstraße unter die Räder eines Doppelspanners. Mit schweren Verletzungen wurde die Greisin ins Westendkrankenhaus übergeführt.

Am Kettelsbeckplatz, an der Kreuzung Berichtstraße und Pankestraße, stürzte gestern beim Wenden der Anhänger eines mit schweren Eisenträgern beladenen Lastwagens um. Die Feuerwehr hatte nahezu 1 1/2 Stunden zu tun, um das Verkehrsbehinderung, das den ganzen Straßenbahnverkehr lahmgelegt hatte, zu beseitigen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Geschäftsstelle: Berlin C 14, Sebastiansstr. 37-38, Hof 2 Tr. Klegarten (Ortsverein). Mittwoch, 15. Februar, 20 Uhr, Vollerfassung im Vesperhaus, Lützowstr. 23. Referent: Dr. Wilschke. Nachkontrolle. — Vankow, Donnerstag, 16. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung der Kameradschaft Vankow-Eich im Restaurant Mühlenweg. — Friedebühnen, Luthoutstr. 20. Das Luthoutstr. wird am Donnerstag bei Paul, Pohlgartenstr. 114. Kameraden, die dem Korps beitreten wollen, werden hier dort. — Steglitz (Ortsverein), Donnerstag, 16. Februar, 19 1/2 Uhr, Sozialistischer Parteitag (Gemeinschaft).

Sturmvolgel, Jüngerbund der Werktätigen, C. G. Fliegerklub-Matinas am Sonntag, den 19. Februar, 11 Uhr, im Lichtspieltheater „Die Kamera“, Berlin W. 8, Unter den Linden 14. Es laufen fünf äußerst interessante (teilweise erstmalig gesehene) Bildstreifen, die ein umfassendes Bild vom Luftpost geben. (Vorverkauf bei Rodenkod, „Sturmvolgel“ und „Die Kamera“.)

Deutscher Arbeiter-Kammler-Bund, Ortsgruppe Rosbit, Sonnabend, 18. Februar, 16 Uhr, neuer Kammler-Unterrichtskursus für Kinder (10 J.) und Jugendliche im Losenheim Emdener Str. 22. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Bund Entschlossener Schulreformer, Dienstag, 21. Februar, 19 1/2 Uhr, in der August-Schule, Eißelstr. 34-37. Die Durchführung der Montessori-Methode in der Schule.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin, Geschäftsstelle C. 14, Pringsstr. 61, Donnerstag, 16. Februar, 20 Uhr, in der Schleswig-Holsteiner Hütte, im Dresden-Garten, Dresdenstr. 45, Sitzung.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Mittwoch, 15. Februar, 19 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Wilmersdorf, Jugendheim Vorkstr. 11 (Friedrichshagen), Als Maschinist nach Amerika. — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 13 (Gartenstadt). Wir legen neue Kampf- und Wanderschilder. — Spandau-Neubau: Jugendheim Lindenauer 1. Pauli Reich macht Spandau wild. — Köpenick: Jugendheim Sonnenburger Str. 20. 10-Minuten-Referate. — Weihenfer: Jugendheim Weihenfer, Kaiser Str. 2. Wie verhält sich der Arbeiter vor Gericht? — Wannau: Jugendheim Schönhafer Str. 11 (Korade 6, rechter Eingang). Unterrichtsformen der kapitalistischen Gesellschaft. — Reinickendorf: Jugendheim Bergstr. 29 (Hof). Carlisleer Zustand. — Ringelshagen: Jugendheim Ringelshagenstr. 68 (U-Bahn Hohenstrasse). Betriebsrat (Fortsetzung). — Humboldt: Jugendheim Rützelstr. 22. Ein klassischer Abend mit Musik und Schallplatte. — Schillerpark: Jugendheim, Schule Schönhafer 17. 10 Jahre gewerkschaftliche Jugendarbeit. — Baumgartenweg: Jugendheim Baumgartenweg, Ernststr. 16.

Die Wurzeln gestalten den Abend aus. — Charlottenburg: Jugendheim Wallstraße 73. Was ist Sozialismus? — Städelstr. Jugendheim der 17. Volksschule, Gartenstadt, Ritzplatz, Omnibushaltestr. 81. Gewerkschaften und Streik (1903). — Jugendgruppe des Gesamtverbandes: Gesamtvereinsleitung, Jugendheim Gewerkschaftshaus, Angelerufer 24-26, Kulgang 8, part. Vortrag: Umbo der Wirtschaft. — Jugendgruppe des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands: Ab 20 Uhr im Gewerkschaftshaus, Angelerufer 24-26, Saal 11. Aus dem Leben der Freien Gewerkschaftsjugend Berlin (mit Bildstücken).

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Schönhafer Vorkstr. 11: Jugendheim der Schule Rosenstraße 81. Westfälischer Abend. — Weihenfer: Jugendheim Vorkstr. 11 (Friedrichshagen). Kameradschaft im Berufsleben. — Reinickendorf: Jugendheim Lindenauer Str. 2 (Gartenstadt). — Ringelshagen: Jugendheim Ringelshagenstr. 14. Ein Kameradschaftsabend. — Köpenick: Jugendheim Sonnenburger Str. 20. Ein Kameradschaftsabend. — Wannau: Jugendheim Schönhafer Str. 11 (Korade 6, rechter Eingang). Unterrichtsformen der kapitalistischen Gesellschaft. — Reinickendorf: Jugendheim Bergstr. 29 (Hof). Carlisleer Zustand. — Ringelshagen: Jugendheim Ringelshagenstr. 68 (U-Bahn Hohenstrasse). Betriebsrat (Fortsetzung). — Humboldt: Jugendheim Rützelstr. 22. Ein klassischer Abend mit Musik und Schallplatte. — Schillerpark: Jugendheim, Schule Schönhafer 17. 10 Jahre gewerkschaftliche Jugendarbeit. — Baumgartenweg: Jugendheim Baumgartenweg, Ernststr. 16.

Die Botschaft des Unbekannten

Erzählung / Von Günther Birkenfeld

(1. Fortsetzung.)

Sehr langsam verneint Elisabeth mit dem Kopf. Vor dem „Dichtersteigen“ ragt mäßig und unwahrscheinlich groß der Körper des Mannes.

Einer Kranken ähnlich, die ihrer Füße nicht sicher ist, geht die Frau zum Lautsprecher und... schaltet ihn aus. Stille nun... alles ganz stumm. Elisabeth weiß: des Dichters Worte schwingen fort und fort im Raum und alle Ohren aller Menschen können sie vernehmen. Nur sie nicht mehr. Sie ist verbannt aus der Gnade, aus der Fülle allen Lebens, das draußen weiterlebt, verbannt in die Gruft dieser Stube. Und für immer muß sie auf den Rücken des Mannes dort blicken.

Wie gebeugt er ist, dieser Rücken! Wie willenlos hingeneigt! Erst erschütterte die Schreckenswoge des Weltkrieges seine damals noch jugendliche Kraft, dann folgten die Jahre der Hege und Ueberanstrengung um das tägliche Brot... und eines Tages zeigt es sich, daß alles schlaff und brüchig geworden ist, die Muskeln und Bänder, die Nerven und der Wille. Aus, erledigt!

Ein jähes Erbarmen erfüllt die Frau. Wie allein er da steht! Ein verlorener Mann! Nun auch noch von der Angst um den Abbau zerfaset! Seine Augen, um wieviel hoffnungsloser noch als die ihren mögen sie auf die Blüten der Kastanie blicken!

Ohne Nachtgruß will Karl an der Frau vorbei in seine Schlafkammer gehen. Sie rührt jag an seinen Arm: „Karl...!“

Aus Augen, die wie versteinert wirken, blickt er über die Achsel zurück.

„Karl... sieh mal... so kann das doch nicht weitergehen, nicht?“ Mühsam um Atem kämpfend fährt Elisabeth in das Schweigen hinein fort: „Ich meine... wir sind ja schon lange nicht mehr so, wie Mann und Frau miteinander sein sollen, nicht? Und Herbertchen, ja, der zittert ja nur noch vor dir!“

„Also gut, dann kann ich ja gehen“, erwidert der Mann, jetzt gar nicht mehr böse, nein, müde vielmehr, gleichgültig von innerer Uebermüdung. „Dir gehört ja sowieso alles dahier. Und meinetwegen auch der Herbert. Mit deiner Schneiderei werdet ihr schon durchkommen.“

Die Frau liebkost mit leisem Streicheln seinen Handrücken. „Aber Karl, was redest du denn da für Unsinn! So hab ich das doch nicht gemeint! Wirklich nicht! Ich möchte nur daß es wieder so ein wenig wie früher sein soll! Sieh mal, ich habe dich doch lieb, nicht? Und ich bin deine Frau. Aber du... du läst es ja zu gar nichts mehr kommen. Immer stößt du mich nur zurück und hast für alles schlimme Worte.“

Der Mann wendet sich ab und läßt seine Hand langsam über ihre tränende Wange gleiten. „Ja, Elisabeth, sag er dann dumpf“, so ist das nun einmal, so ist das nun alles geworden. Ich bin kaputt... ich möchte sie selbst gern anders und wie früher sein... der lustige Kerl von der Bonner Straße... aber, siehst du, ich kann einfach nicht mehr. Jeder Quark versteht mich in Frage. — Der Unfall heut wird natürlich auch wieder auf meine Kappe geschoben. Dabei hat nur Peters, der Kontrollführer, Schuld. Und der munkelt einem dann auch noch was von Entlassung vor!“ Ja, nun ist der Mann schon wieder in seinen Jörn verloren und herrscht die Frau an: „Und du, läst du jetzt das dumme Geklecke und geh zu Bett! Gute Nacht.“

Elisabeth kämpft um ihren Mann, mit dem Mut der Verzweiflung. Sie hält seine Hand fest zwischen den ihren. Sie weiß: wenn sie ihn jetzt nicht zurückgewinnt, dann ist er ihr verloren, — vielleicht für immer. Sie drängt sich an ihn und bittet inständig: „Karl, willst du mich denn gar nicht mehr zu deiner Frau haben, willst du...“

Weiter kommt sie nicht. Der Mann entzieht ihr seine Hand und geht zur Tür. „Bin totmüde. Halb sieben werden. Gute Nacht.“

Verloren! Nun ist ja wohl alles verloren! Und man sollte dem Beispiel der vielen Menschen folgen, — es wird täglich durch neue Zeitungs-meldungen vermehrt —, die sich gleichfalls eines Tages so am Ende ihres Weges haben. Andre freilich gibt es, die dennoch einfach weitergehen, mit gleichmäßigen eingelehrten Schritten. Wie sind sie dazu nur fähig? — Hin, vielleicht haben diese „andern“ Kinder? Kleine Kinder bringen in den großen Kindern, die man Erwachsene nennt. Ja oft Unheimliches fertig... Ungeheuerliches...! Da ist zum Beispiel mein Herbertchen. Und er schläft leht. Wenn ich nun die Gashähne öffnen würde, so hätte das gar nichts weiter auf sich... nein, Karl und ich wir sind beide miteinander fertig. — Wenn Herbertchen aber nur ein einziges Mal zu mir herüberblinzelte würde, ich glaube, da müßte ich mir in die Hand beißen vor Scham.

In diesem Sinne redet Elisabeth mit sich weiter und weiter. Dabei taumelt sie durch die Stube und muß sich immer wieder so jäh an den Möbeln festhalten, als befände sie sich in einer Rase auf arger See.

Von ungefähr bleibt ihr Blick auf dem Photo des Dichters Dittel haften. Und... merkwürdig... seine Augen sehen jetzt nicht mehr durch sie hindurch in eine unbestimmbare Ferne, nein, sie entfenden viele schnelle Blicke, die für

ein kurzes auf dem Blick der Frau verweilen und dann wieder zurückschleudern. Und es ist dies so wie bei einer Meereswelle: eine jede hinterläßt ein wenig Glanz, der in die Tiefe des Uferlandes sickert, — und eine jede nimmt die Haut des Sandes mit sich fort in die Meeresstiefe. Zuletzt ist vom Wesen des Fremden soviel in die Frau eingeströmt, daß er ihr von alther vertraut erscheint. Und wie sehr kamen doch auch seine Worte aus der Rüste ihrer Herzensnot! Ja, hatte er nicht wie ein guter älterer Bruder alles das ausgesprochen, was unsagbar in ihr schmerzte?

Er weiß um mich, denkt Elisabeth. Er kennt meine Weiden ganz und gar. Solch einem Manne möchte ich gern einmal alles sagen! — Und weiter spricht sie zu sich: Soll ich ihm nicht danken für seine Gedächtnis? Ich möchte ihm das Bild vom Herbertchen schicken. Ja, und das werde ich auch tun. Und dazu will ich ihm sagen, wie es um Herbertchen und um mich bestellt ist und will ihn um seinen Rat bitten, — ja!

Elisabeth schreibt und schreibt. Die Hand ist ungelent und folgt auf dem harten linierten

Papier nur mühsam dem Ansturm der Gedanken. Immer hastvoller tickt die Feder in die Tintenflasche.

Die kleine Nähtischlampe spannt einen blaffen Helligkeitschein um die einsame Frau, die da ohne Einhalten das Martyrium ihres jungen, ihren uralten Frauengeschicks an einen Unbekannten verrät, — verrät im Namen von vielen, wievielen Schicksalschweftern?

Und wie sie endlich mit dem Gruß: „hochachtend Frau Elisabeth Soelle“ schließt und die vielen Seiten noch einmal überliest, da findet sie alles so ungelent und gar nicht so ausgedrückt, wie sie es eigentlich hätte sagen wollen. Und sie ist traurig und verzagt und trinkt erschöpft die Nachtluft, in der sich jetzt die Blütenfüße mit dem eisernen Atem des erloschenen Erzahls vermischen.

Nebenan schlägt Karl schlafbelangen gegen die Wand. Das Herz der Frau bleibt ohne Empfindung. So sieht man neben einer Ruhestätte, die man pflichtgemäß besucht und denkt ebenso pflichtgemäß: „Ja, das war er, das war Karl.“

Später jedoch, da Elisabeth auf ihrem Feldbett

in der Küche keinen Schlaf finden kann, vermeint sie, daß es heller und immer lebendiger werde in ihrem Hirn, — so als leuchte ein Stern, ein fremder hoher Stern in alle Gründe und sein Licht ist bernsteingelb. Und man kann es richtig fühlen... wie Schleier so weich. Und schmecken kann man es auch. Es schmeckt wie ein milder Wein.

Der Becker klickt und schnurrt ab. Halb sieben. Ein leidiger Maimorgenhimmel spiegelt sich in der Küche. Durch das geöffnete Oberfenster klingt Gehämmer und Sirenengeheul, vom morgendlichen Gezwitscher der Vögel eifrig durchwirrt. Die Frau schläft mit kaum vernehmlichem Atmen, so fest. Ihre Haar über dem rotgewürfelten Kissen ist ein schwirrender Haß von Frühsonnenlichtern. Die Lippen sind gelöst. Und um die entblöhte Schulter tänzelt eine Fillege. Dann spaziert sie andächtig in der glasblau schimmernden Höhlung des Halses hinan.

Herbert schneuzt sie davon. Im kurzen Planellhemd und barfuß steht er vor der schlafenden Mutter und rüttelt sie... vergeblich... zwinkt sie in den Arm und kugelt sie hinter dem Ohr... vergeblich... Angst befüllt den Jungen. Lieber Jesus und Heiland, sie ist doch nicht tot?

„He, Wodder! Wodderke! Komm doch hoch! Der Wodder...!“

(Fortsetzung folgt.)

Das Blut

Erzählung von einer Bäuerin, die ihren Mann suchte

Von Hans Prosper

Die Frau steht in der riesigen Bahnhofshalle und weint. Menschen gehen vorüber, sehen sie an, schütteln den Kopf. Sie hält ihnen einen Zettel hin und spricht zu ihnen. Es ist eine weiche, singende Sprache, irgend etwas Slawisches, so weit man dem Klange nach unterscheiden kann, melodische Laute, die niemand versteht. Hier spricht man eben nur deutsch.

Nur einer in dem großen Gewimmel, ein junger Mensch, der in der Nähe an einer Säule lehnt, nicht der Frau zu, lächelt und gibt ihr Zeichen, als verstünde er nicht nur von Grund aus diese Rat, sondern wüßte da auch zu helfen. Doch sie sieht von alledem nichts. Sie zupft hin und wieder ihr buntes Kopftuch zurecht, hantiert mit ihrem Zettel, wird nicht verstanden, senkt den Blick und weint wieder.

Sie trägt das Bauernkleid der wendischen Provinz des Landes: ein enges, hellfarbenedes Leiden, ein offenes Jäckchen aus blauem Tuch, viel weite Röcke, einen über dem anderen, darüber eine buntbestickte Schürze. Röcke und Schürze sind kurz, verhüllen kaum das Knie. Ihre nackten Beine stecken in schwarzen, knapp bis über die Waden reichenden Stiefeln.

Als der junge Mensch auf sie tritt und in ihrer Sprache sie anspricht, hat sie zunächst keine Worte. Sie wankt einen Schritt zurück, ja, fast ist es ja, als würde sie nun auf ihre nackten Knie sinken, ihm zu danken. Dann, als sie sich gefaßt hat, reicht sie ihm den Zettel:

„Hier, siehst du — sie verstehen es nicht, mein Gott. Keiner, keiner. Und zu Haus war alles so einfach. Man schreibt es eben hin, sagen sie. Dann zeig es ihnen und sprich, sagen sie — man wird dich führen. Ja, zeigen und führen, zum Teufel...“ Sie schöpft Atem. „Und zu ihm muß ich doch, herr. Ich muß, hörst du? Ueber ein Jahr ist er fort, ja, und jetzt haben sie ihn gefunden.“ Sie macht wieder eine Pause. Dann legt sie hinzu: „Und er ist doch nicht irgendwer. Er ist mein Mann, verstehst du?“

„Und jetzt hol ich ihn mir.“ sagt sie nach einer Weile. Dozu lacht sie in sich hinein. Es ist ein leises, bebendes Lachen, das ihre Brust hüpfen macht.

Der Ort, den sie erreichen wollte, lag im Flußtal westlich der Stadt. Sie fuhren zusammen. Der junge Mann hatte erklärt, er müsse auch dahin, zur Arbeit nämlich. Er hatte auf ein Bündel Geräte gemessen, das er über den Rücken geschmürt trug, er müsse malen. Da hatte sie ungläubig gelächelt. Ein Zimmer malen? Ober ein Haus? Mit diesen paar Dingen am Rücken? — Nein, er male Bilder. — Das verstand sie nicht ganz.

Im Zug schlief sie ein. Einmal röhnte sie im Schlaf auf, streckte sich und strich mit flachen Händen an den Seiten ihres Leibes hin. Als sie erwachte, wußte sie zunächst nicht, wo sie war. Dann sah sie den Mann gegenüber. Da lachte sie mit beiden Händen die Seiten: „Herr... ja... und dank dir auch schön für alles.“

In der kleinen halben Stunde, die sie noch zu fahren hatten, sprach sie von ihrem Mann. Er war eines Morgens nicht mehr dagewesen, verschwunden einfach aus dem Dorfe entwischt, und es kam auch nachher keine Botschaft mehr, kein kleinstes Bärtchen nichts nichts. Daß ein Bauer Haus und Hof verließ, geschah zwar in der slawischen Provinz des Landes nicht selten, denn die Zeit war schlecht der Boden wertlos, man hatte Schulden über Schulden. Aber so ganz ohne Worte? Kein Gruß und kein Abschied? Kein Brief und kein Zeichen mehr? Es war schwer, mein Gott. Dabei war sie jung, und was galt

sie schon im Dorfe, da sie kaum drei Jahre auf dem Hof verheiratet war?

Dann schweigt sie und sieht zum Fenster hinaus. Nach einer Weile fühlt sie, daß er sie ansieht. Da wendet sie den Kopf und sieht ihm in die Augen. Sie sieht ihn lächeln und sagt plötzlich:

„Und das Blut, herr. Das Blut, ja.“

Sie schauert in sich zusammen und schließt die Augen. Als sie wieder aufblickt, scheint sie sich zu schämen. Sie wird rot und senkt den Kopf.

Ungefähr nach einem Jahr aber hatte nun irgendwer den Gefahrenen in der Fabrik im Flußtal entdeckt und die Kunde davon war bis in das Dorf gedrungen: „Wo habe sie, sich aufgemacht, ihn zu holen.“

Sie trennten sich vor dem kleinen Stationsgebäude, nachdem er ihr den Weg nach der Fabrik gemeldet hatte. Zum Abschied sagt er ihr den Gruß ihrer Heimat, sie gibt ihn zurück: „Mit Gott“ und nickt, als er ihr zuruft, es gäbe um sieben abends einen Zug nach der Stadt. Er blickt ihr nach, sieht ihre Röcke wogen, ihre Stiefel blitzen und zwischen Rock- und Stiefelrand ihre Knieschellen schimmern.

Als er am Abend den Barterraum des Bahnhofes betritt, findet er sie auf einer der breiten hölzernen Bänke liegen. Sie greint laut wie ein Kind. Ihr Kopftuch ist nach hinten geglüht, ihr weißblondes Haar hängt ihr in langen Strähnen ins Gesicht, Tränen laufen über Wangen und Hals.

Er ruft sie an, aber sie hört nichts. Dann neigt er sich über sie und spricht: „Der Zug!“ Das versteht sie und springt auf. Nun lacht er sie unter. Aber plötzlich zögert sie, will nicht mit, macht sich steif, und als er von ihr abläßt und sich wieder dem Bahnsteig zuwendet, sieht er durch die Verglöschung der Tür, wie der Zug davonfährt.

Niemand hat den Vorfall gesehen und niemand hört, wie sie jetzt wieder greint und lauter als vorher. Sie hat sich wieder gesetzt, hat die Beine auf die Bank hochgezogen, die Arme um die Knie geschlungen, den Kopf auf die Arme gelegt. Manchmal schreit sie auf, stößt geballte Fäuste in die Luft, dann wird sie leiser, weint still vor sich hin.

Als er fragt, was geschehen sei, hört sie nicht hin. Er wartet, fragt wieder, dann wendet er sich zum Gehen. Nun hört er sie schreien: „Ein Schuft, herr. Ein Schuft, sag ich dir.“

Er fragt: „Ein Schuft? Warum?“

Sie hebt den Kopf: „Er will nicht mit. Er bleibt bei der anderen. Er mag mich nicht.“

Sie steht auf und kommt auf ihn: „Und er wohnt nicht allein, hörst du? Nicht allein, herr, nein, nein.“

Nun lacht er sie an der Hand und führt sie aus dem Raum hinaus auf die Straße. Sie folgt ihm zum Flußufer hin. Es dunkelt schon, es ist warm, vom Fluß her gibt es ein großes, gleichmäßiges Singen in der Luft.

Sie weint und er schweigt. Nach einer Weile fragt er: „Hast du ihn denn lieb?“

Sie richtet sich mit einem Ruck auf und sagt laut:

„Fragst du noch? Nur ihn. Nur ihn.“

„Ich meine nur...“

Als sie einige Minuten marschiert sind, will sie nach rechts hin den Fußweg einschlagen, der zur Fabrik führt. Er läßt es nicht zu, faßt sie am Arm und zwingt sie neben sich. Dabei sagt er: „Unstinn. Was nützt es?“ Und sie gibt nach und nickt und flüstert: „Was nützt es?“

Nachher, an einer Biegung des Weges, wo die

Kronen riesiger Aulbäume die Straße überschatten, hört er aus dem Dunkel, das sie beide jetzt einhüllt:

„Er wohnt nicht allein, herr. Er mag mich nicht.“ Dann wimmert sie wieder, manchmal schluchzt sie auf, späterhin wird sie still. Er denkt, sie stirbt jetzt blöd vor sich in die Finsternis, und sagt heftig: „Sprich doch.“

Er erfährt erst nachher, als sie sich auf einer flachen, von Gras bewachsenen Einbuchtung des Flußufers niedergelassen haben, was geschehen ist. Und er versteht nun, daß es im Grunde sehr natürlich und ohne Verwicklung zugegangen sei. Der Mann, den sie beweinete, hatte nach einiger Verzicht Arbeit in der Fabrik gefunden, war dort geblieben und hatte ein Weib zu sich genommen. Täglich, wie er war, hatte er sich auf seinem Platz bewährt. Und das Weib war indessen Mutter geworden. Daß er nun an Heimkehr nicht dachte, verstand sich leicht. Er hatte sich auch von seiner angeheirateten Frau nicht rühren lassen, ja, er hatte ihr am Ende die Tür gemiesen.

Sie spricht und weint. Dazwischen fragt sie wieder und wieder: „Ist das zu ertragen, herr?“ Daraus antwortet er jedesmal: „Schwer.“ Das scheint sie zu trösten, denn manchmal drückt sie ihm die Hand dazu, als wolle sie ihm danken.

Als sie nichts mehr zu sagen weiß, fragt er wieder:

„Hast du ihn denn lieb?“

Sie sagt: „Nur ihn. Frage nicht, herr.“

Er nimmt es hin. Nach einer Weile aber meint er:

„Du bist jung und schön. Es kommen andere.“

Sie antwortet nicht und senkt.

Da sagt er: „Das Blut. Ja, gewiß.“

Daraus kommt sie wieder ins Weinen und erfaßt seine Hände. Er läßt sie ihn und spürt, daß sie zittert. Erst will er es nicht beachten. Dann hat er ein Gefühl der Spannung in der Brust, weiß nicht, ob es vom Zittern ihrer Hand kommt, und zieht die seine zurück.

Sie wendet sich ab und stützt den Arm auf. Ein schmales Mondlicht, das zwischen langgezogenen Wolken auf den Fluß fällt und zurückgeworfen wird, beleuchtet ihr Gesicht und läßt ihn sehen, daß es ruhig ist. Sie scheint nachzudenken, schüttelt hin und wieder den Kopf und juckt die Achseln. Einmal hört er sie murmeln: „Schuft.“ Dann wendet sie ihm das Gesicht zu und fragt:

„Wie sagst du das, herr?“

Er antwortet: „Ja, es ist schwer.“

Da kommt es ungeduldig zurück: „Nein. Nicht das.“ Und als sie weiter spricht, denkt er sie sich lächelnd. Er hört sie sagen: „Das andere. Wie sagst du das?“

Er denkt nach. Dann sagt er:

„Jung und schön? Gewiß. Und andere kommen.“

Sie bleibt still. Nach einer Weile hört er:

„Sagst du jung und schön?“

„Ja.“

Er kann nicht entscheiden, ob sie antwortet, es kann sein, daß sie jetzt leiser spricht. Nach einer Weile aber ist ihm, als höre er ein Murmeln von gegenüber, und gleichzeitig findet ihre Hand die seine. Er folgt ihrem Zug. Dann sitzt er neben ihr auf dem Rasen, läßt ihre Wärme und bekommt einen Geruch von Heu und Milch in die Nase.

Sie schweigt. Dann fragt sie wieder:

„Wie sagst du das?“

Er antwortet: „Jung und schön.“

Dazu lacht sie. Er kann es nicht hören, aber er fühlt es. Es schüttelt sie und sie preßt seinen Arm an ihre Brust. —

Als er von ihr abließ, lag sie mit weit gebreiteten Armen auf dem Wiesengrund, ruhig atmend, die Augen geschlossen als schlief sie. Im Mondlicht ihr Haar weiß. Er streicht mit der Hand darüber hin. Dann erschrickt sie, wendet sich zur Seite und bedeckt ihr Gesicht mit den Händen. Zugleich hört er sie flüstern: „Herr... das Blut, ja.“

Achtung, Abteilungsleiterinnen für Agitation!

Deutscher Freidenkertverband, Gruppen und Wahlleiter.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- 1. Kreis, Donnerstag, 16. Februar, Erwerbslosenversammlung...

Frauerveranstaltungen.

Arbeiterbildungsschule.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Freiwillige Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

heute, Mittwoch, 15. Februar, 20 Uhr.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater, Staatsoper Unter den Linden, Faust II. Teil.

Theater im Admiralspalast, Richard Zauber, Frühlingsstürme.

VOLKSBUHNE, Theater am Bülowplatz, Schinderhannes.

HAUS VATERLAND, Restaurant Berlins.

SCALA, städt. Oper, Die Entführung aus dem Serail.

NEUE WELT, Gr. Bodkierfest, Kumor, Stimmung.

Winter-Garten, Gsovsky-Ballett, Medini-Trio, Rassano.

Stettiner Sängerkreis, Reichshallen-Th., Dönhofspl.

8 1/2 Kleines Th., Unter d. Linden 41, Troppe 1931.

Dose-Theater, Der Hasenfelldändler, Die Männer sind mal so.

Komödiennhaus, Schillingensdamm 25, Die Männer sind mal so.

8 1/2 Kleines Th., Unter d. Linden 41, Troppe 1931.

Großes Schauspielhaus, Ball im Savon, Sitta Alpar.

B. B. B., Bendows Beste Bühnen, Der scharle Löwe.

Garw's Weinbergweg 20, Preis 7 1/2 P.

In bester zentraler Lage am Belle-Alliance-Platz 7-8, 3 Zimmer u. Küche mit Zubehör.

Kurfürstend-Platz, Das Theater ohne Bon-Wirtschaft, Glückliche Reise.

CASINO-THEATER, 9 1/2 Uhr, Lothring. Str. 37, Bunte Theater.

REKLAMEBALL IM ZOO, Sonnabend, 18. Februar, 21 Uhr.

Die Generalversammlung des Gewog Mariendorf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Achtung Mitglieder!

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Todesanzeigen.

Musikinstrumente, Umzüge, Grundstücksverkäufe.

Gewinnansage 5. Klasse 40. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

KLEINE ANZEIGEN, Überschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf.

Verkäufe, Möbel, Zellaubzug, Kleider, Schuhe, Fahrräder, Arbeitsmarktl.

Wieder Tumult in Mahlsdorf

SA.-Trupps gegen sozialdemokratische Versammlung

Wie recht der „Vorwärts“ hatte, als er vor wenigen Tagen zusammenfassend die Naziantaten charakterisierte, wie sie sich während eines einzigen Jahres in Mahlsdorf zutragen, hat sich leider nur allzu schnell erwiesen: Als gestern Dienstag abend, die 124. Abt. der Sozialdemokratischen Partei in Mahlsdorf in dem Lokal von Anders in der Bahnhofstraße sich ansiedelte, ihre erste große öffentliche Wahlversammlung abzuhalten, kam es, und zwar lediglich durch das freche, provozierende Verhalten eines 200 Mann starken nationalsozialistischen Störungs-trupps, zu einem unerhörten Tumult. Vier Angehörige der Eisernen Front wurden verletzt. Mit einer Stunde Verspätung konnte dann unsere Versammlung stattfinden. Wir erhalten über die Vorgänge folgende Darstellung:

Gestern abend kam es in Mahlsdorf vor Beginn einer Versammlung der Eisernen Front zu einem Sturm der Nationalsozialisten auf die Versammlungsbefucher, der nach einer Schlägerei zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Besuchern der Versammlung einerseits und der SA. andererseits durch das Eingreifen des Ueberfallkommandos der Polizei abgewehrt werden konnte. Vor Beginn der Versammlung, als etwa 50 Personen, meist Anhänger der Eisernen Front, anwesend waren,

marschierten geschlossene SA.-Stürme von Mahlsdorf, Kaulsdorf, Neuenhagen-Hoppegarten, Köpenick und Cichenberg, etwa 200 Mann, herein.

Demonstration blieben die SA.-Stürme im Saal stehen. Erst nach dreimaliger Aufforderung des Versammlungsleiters nahmen sie Platz. Nach ein paar Minuten provozierten sie in einer Ecke des Saales mit dem Reichsbanner-Saalschuh, der noch nicht vollständig anwesend war, einen Zwischenfall und stürzten sich dann auf Kommando des SA.-Führers auf das Reichs-

banner und die Versammlungsbefucher. Stühle wurden auseinandergerissen und als Waffen gebraucht. Die zwei anwesenden Polizeibeamten gingen gegen die SA. vor, konnten jedoch gegen die Uebermacht nichts ausrichten. Erst als das Ueberfallkommando eintraf — es dauerte sage und schreibe zwanzig Minuten — wurde der Schlägerei ein Ende gemacht. Die SA.-Männer wurden festgestellt, dann jedoch nicht etwa zum Polizeipräsidium gebracht, sondern unter Polizeideckung zum Bahnhof geleitet. Als Opfer des SA.-Ueberfalls sind von den Arbeiterkameraden vier Angehörige der Eisernen Front und ein Kriminalbeamter, der erheblich verletzt wurde, verbunden worden. Nach der Feststellung der SA.-Leute kam es draußen auf der Straße vor dem SA.-Heim nochmals zu einem Geplänkel zwischen SA. und Polizei.

Die Versammlung der Eisernen Front konnte mit einer Stunde Verspätung in Ruhe begonnen werden.

Nachts bewußtlos aufgefunden

In der Nacht zum Dienstag wurde in der Berliner Straße in Zehlendorf eine junge Frau von Passanten in bewußtlosem Zustande aufgefunden und von Polizeibeamten ins Lichterfelder Krankenhaus gebracht. Gegen Mittag kam die Unbekannte auf kurze Zeit zum Bewußtsein und konnte angeben, daß sie die 34 Jahre alte Gertrud H. aus der Meierfeldstr. 28 in Mahnow sei. Die Ärzte vermuten, daß die Frau eine starke Dosis des Schlafmittels „Phanodorm“ zu sich genommen hat. Sie verfiel bald wieder in schwere Bewußtlosigkeit. Jede weiteren Fragen an sie waren zwecklos. Angeblich soll, wie Zeugen bekunden, die Frau in der Nacht in Begleitung eines Herrn in einem Zehlendorfer Lokal gewesen sein. Diese Angaben unterliegen aber noch der Nachprüfung.

Kampf der Kulturreaktion

Für Freiheit, Volk und Sozialismus!

Der Sozialistische Kulturbund veranstaltet am Sonntag, dem 19. Februar, vormittags 11½ Uhr, im Volksbühnen-Theater am Bülowplatz eine große Massenkundgebung.

Thomas Mann wird diese Veranstaltung mit einer Botschaft begrüßen, in der er sich an die ungezählten Millionen wendet, die im Geist hinter den Teilnehmern und Trägern dieser Kundgebung stehen. Als Vertreter der größten Organisation dieser Massen wird der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Peter Grafmann, sprechen, außerdem der Vorsitzende des Kulturbundes, Kultusminister Grimme, und der Vorsitzende der Kinderfreundebewegung, Kurt Löwenstein.

Der Sinn dieser Kundgebung wird klar und eindeutig sein: Sie wird den Willen der Massen zur Neugestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft im Geist des Sozialismus zum Ausdruck bringen und sich gegen die kulturellen Gefahren wenden, die das deutsche Volk bedrohen. Wahre Freiheit und Kultur können nur auf dem Boden der sozialen Demokratie gedeihen. Sie bietet die Möglichkeit zur Entfaltung aller schöpferischen Kräfte und Fähigkeiten. Sie gewährt dem Kampf der Geister, dem Ringen der Weltanschauungen weiten Spielraum und verhilft damit dem menschlichen Fortschritt zum Siege.

Es fehlt an Wäsche

Winterhilfe lindert Not

Die Kleiderfassungen der Berliner Winterhilfe haben zwar einen schönen Erfolg gehabt, haben aber doch nur einen bescheidenen Teil an gebrauchsfertiger Wäsche ergeben. Der Vorstand der Berliner Winterhilfe hat daher für eine namhafte Summe Wäsche für Bettwäsche sowie Tricotunterwäsche für Männer, Frauen und Kinder eingekauft und bereits in sämtlichen Bezirken zur Verteilung gebracht.

Die Berliner Wäschindustrie, Fabrikanten und der Großhandel sowie Warenhäuser und Detailisten sind der Berliner Winterhilfe in dankenswerter Weise entgegengekommen, so daß mit der ausgelegten Summe etwa das Dreifache an Wert beschafft werden konnte. — Trotz dieses

Einkaufs, der in allen Bezirken große Freude hervorgerufen hat, fehlt es angesichts der großen Not noch immer an Wäsche und Kleidung. Wir bitten die Berliner Bevölkerung, nicht müde zu werden und noch mehr zu spenden. Spenden nimmt entgegen: Die Berliner Winterhilfe, Berlin C. 2, Burgstr. 28, D. 1. Norden 1928.

Immer mehr Funkfeuer!

Der englische Kanal gilt als besonders gut „beleuchtet“. An seinen Küsten stehen in dichter Folge die Leuchttürme, die optische und akustische Signale ausstrahlen. In den letzten Jahren entstanden außerdem die sogenannten „Funkfeuer“, das sind drahtlose Sender, die also mit unsichtbaren elektrischen Wellen arbeiten. Mit ihrer Hilfe kann ein Schiff mit Vorfunkpeiler, das von Amerika kommend den englischen Kanal ansteuert, selbst im

düstersten Nebel seinen Weg nach der Nordsee finden. Ein großer Teil dieser Funkfeuer ist nicht am Lande, sondern auf Feuer Schiffen untergebracht, weil diese an den Hauptansteuerpunkten der Schifffahrt in gefährlichen Gewässern liegen.

Kürzlich wurde wiederum ein Funkfeuer im englischen Kanal auf einem Feuer Schiff dem Verfehr übergeben, das West-Hinder heißt und zwölf Seemeilen von der belgischen Küste entfernt in den sogenannten Hoorden vor Anker liegt. Diese von der Telefunken-Gesellschaft ausgerüstete Station besitzt einen 30-Watt-Sender, welcher tönend moduliert seine von den Regierungen auf dem Kongress in London festgelegten „Nennungen“ automatisch ausstrahlt, auf Sekunden genau gesteuert durch ein Chronometer, weil die Funkfeuer abwechselnd zu verschiedenen Zeiten senden müssen, um sich nicht gegenseitig zu stören.

An die Rundfunkhörer!

Aufruf des Arbeiter-Radio-Bundes

Der Vorstand des Arbeiter-Radio-Bundes erläßt unter dem Titel „Abmelden oder nicht“ einen Aufruf, dem wir folgendes entnehmen:

„Der schwerste Kampf des Proletariats hat begonnen. Am 5. März wird die nächste Schlacht geschlagen. Die neuen Nachhaber Hitler-Papen-Hugenberg haben sich hierzu des Rundfunks bemächtigt und ihn in den Dienst ihrer Propaganda gestellt. Der Rundfunk ist nicht mehr, was er sein sollte, wichtiges Kulturinstrument; er wird zur politischen Sprechbühne der neuen Nachhaber. Besonders wird die Berichterstattung so einseitig politisch werden, daß alle Meldungen mit äußerster Vorsicht aufgenommen werden müssen.“

Trotzdem fordert der Bundesvorstand des ARB alle Rundfunkhörer auf, den Rundfunk nicht abzumelden. Der Kampf um den Rundfunk kann heute nicht mehr nur vom Standpunkte des Hörers aus betrachtet werden, sondern er ist zu einem Teile des politischen Kampfes der Arbeiterklasse überhaupt geworden. Die freibeitlichen Rundfunkhörer würden der Reaktion nur einen Dienst erweisen, wenn sie ihre Opposition gegen die einseitige Politisierung des Rundfunks durch Abbestellung ausschalten würden.

Wer den Rundfunk abbestellt, handelt jetzt genau so unvernünftig wie der Spielbürger, der nicht mehr zur Wahl gehen will, weil es ja doch nichts nützt. Hört euch an, in welcher Art man von der Arbeiterklasse und allen freibeitlichen Gesinnten im Rundfunk spricht. Der Haß der jetzigen Nachhaber gegen die sogenannten Margiten wird in uns die Widerstandskraft und Empörung steigern. Hört euch alle die Haßgedänge aufmerksam an und hört die indifferente Masse von Mund zu Mund auf! Arbeitet mit uns an der Zusammenfassung aller freibeitlich gesinnten Rundfunkhörer! Protestiert immer und immer wieder in persönlichen schriftlichen Beschwerden an die Sendegesellschaften gegen jede einseitige politische Einstellung des Rundfunks. Haben die Proteste der freibeitlichen Hörer Herrn Scholz weggeschwemmt, so wird die Opposition der freibeitlichen Rundfunkhörer auch diese neue nationalsozialistische Flut zum Versiegen bringen.“

„Klapperfasten“ für 10 Pfennig

Kunden des Schreibmaschinen-Automaten

Seit einigen Tagen sind in verschiedenen Berliner Postämtern Schreibmaschinen-Automaten eingerichtet worden, die sich in anderen Städten schon bewährt haben. Auf einem kleinen Tisch mit niedrigen Glasfenstern steht eine Schreibmaschine, deren Tasten blockiert sind, solange man nicht zehn Pfennig eingeworfen hat. Dafür darf man dann zehn Minuten lang den „Klapperfasten“ benutzen.

Für noch einen Groschen kann man in einem ebenfalls auf dem Tisch angebauten Automaten einen Bogen Schreibpapier, Durchschlagbogen, Kohlepapier und Umschlag empfangen. Für zwanzig Reichspfennige steht einem also jetzt die Welt offen, soweit sie mit maschinengeschriebenen Briefen zu erreichen und zu beeindrucken ist.

Da kommt ein älterer Mann mit Zwicker, steifem Hut und Gummikragen. Offensichtlich kleiner Geschäftsmann oder Rentier. Mit strengem, prüfendem Blick betrachtet er die Neuerung, zieht dann sorgfältig zwei Groschen aus seiner Geldbörse und legt damit das Wunderwerk in Gang. Das heißt, vorläufig hatte er erst die Zutaten. Zunächst kam die Adresse auf den Umschlag, lang-

sam, zögernd wird sie getippt. Dann spannt er mit zitternden Händen den Bogen ein und als er den Brief halb beendet hat, ist die Zeit um, Mißmutig opfert er noch einen Groschen...

Danach stürzte sich ein junges Mädchen an den Apparat. Voll Eifer und Beschäftigung hat sie im Nu die Sache in Ordnung und schreibt mit zehn Fingern noch vor Ablauf der Zeit zwei volle Seiten. Entweder hat sie einen so gestrengen Chef, daß sie keine Privatfachen im Geschäft schreiben kann oder es ist gar ein vergessenes Diktat, das sie nun schnell noch am Abend nachholt. Aber sicher war sie eine Stenotypistin mit ihrer festen Kappe und neroßen, langen Fingern.

Nach längerer Pause, in der nur ein gleichgültiger Mann eine simple Postkarte geschrieben hatte, nähert sich vertegen ein vielleicht fünfzehnjähriger Schüler mit bunter Mütze dem Schreibmaschinensystem. Aus einer gewichtigen Brieftasche holt er einen schönen, blauen Bogen mit Umschlag, aus der Hosentasche den Groschen und dann hat er wahrscheinlich seinen ersten Liebesbrief fein säubertlich mit der Maschine auf Papier gebracht.

„Bitte um den Fahrchein“

Der lästige Kontrolleur

Es gibt wohl kaum einen Menschen in Berlin, der noch nicht mit einem Verkehrsmittel der Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft, der BVG., gefahren ist. Ebensovienig wird es wohl kaum einen Benutzer der Verkehrsmittel geben, dem nicht der Kontrolleur mit der „Bitte um den Fahrchein“ begegnet ist. Und wieviel dieser Fahrgäste mögen nicht schon gedacht haben: „Der Mann hat es aber gut. Nach den ganzen Tag weiter nichts als Striche auf die Fahrcheine, um die Fahrgäste zu schikanieren.“ Was hat ein solcher Kontrolleur aber wirklich zu tun?

Viele, ja wohl die meisten Fahrgäste glauben, daß die Tätigkeit des Kontrolleurs mit dem Strich auf dem Fahrchein beendet ist. Das dem aber nicht so ist, wollen wir gleich beweisen. Nehmen wir den Fall, ein Schaffner oder ein Führer wird plötzlich krank. Sofort muß der Kontrolleur, der ja auch im Fahrdienst ausgebildet ist, da die Kontrolleure aus dem Fahrpersonal hervorgegangen sind, einspringen. Er muß also Fahrcheine verkaufen, oder er muß den Wagen bis zur nächsten Ablösung weiter fahren. „Dazu gehört doch nicht viel“, werden manche Leute sagen. O doch, es gehört sogar sehr viel dazu. Es genügt nicht nur, daß der Wagen überhaupt dort hinkommt, wo er hingehört, er soll auch zur bestimmten Zeit an Ort und Stelle eintreffen, es heißt also den Fahrplan, die Fahrzeit einhalten. Wenn er den Schaffner vertritt, dann soll und muß auch die Kasse, die er ja nur auf Treu und Glauben übernommen hat, genau stimmen. Und diese Verantwortung trägt der Kontrolleur neben der Verantwortung, daß auch alle Fahrgäste ihr Fahrgeld entrichten; er wird ja auch von seinen Kontrolleur-Kollegen kontrolliert. Weiter gehört zu seiner Tätigkeit, daß der Fahrplan glatt und reibungslos abgewickelt wird.

So wie es bei der Straßenbahn ist, so ist es auch bei der Hoch- und Untergrundbahn. Nur daß ein Kontrolleur nicht berechtigt ist, einen Zug zu fahren, da hierzu der Zugbegleiter maßgebend ist. Auf dem Bahnhof Gleisdreieck stehen für alle vorkommenden Fälle genügende Ersatzfahrer zur Verfügung. Wird am Fahrkartenschalter eine Ausgeberin krank, dann steht zuerst der Schaffner und dann der Zugabfertiger zur Verfügung.

Jetzt bleibt nur noch der Omnibus übrig. Nachdem die Berliner Verkehrsmittel zur BVG zusammengeschlossen wurden, ging die Direktion daran, alle Kontrolleure zur Fahrschule zu schicken, um in vorkommenden Fällen gerüstet zu sein. Es genügt nun nicht, daß die Kontrolleure den Führerschein in der Tasche haben. In einem bestimmten Turnus müssen alle einmal wieder auf einige Tage auf den Wagen klettern und zeigen, daß sie noch nichts verlernt haben.

Tüchtige Schupobeamte!

Mehrere Schupobeamte sind vom Kommandeur der Berliner Schutzpolizei wegen ihres mutigen und umsichtigen Verhaltens im Dienst dieser Tage wieder belobt worden. In mehreren Fällen haben die Beamten bei ihrem nächtlichen Dienst vorbeiraste Eindrehler auf freier Tat ertappt. Einmal wurde durch die Aufmerksamkeit eines Streifenbeamten ein Autodieb nach heftiger Gegenwehr festgenommen und das gestohlene Fahrzeug sichergestellt. Weiter wurde durch zwei Schupobeamte im evangelischen Pfarrhaus in der Baumshuldenstraße in Baumshuldenweg ein im Entstehen begriffener Brand in der Nacht entdeckt und durch die Beamten, die in das gefährdete Gebäude eindringen, gelöscht. Die Namen der belobigten Polizeibeamten sind: Hauptwachmeister Kiaulehn (Revier 215), Wachmeister Gähler von der 4. Bereitschaftsinspektion West, Oberwachmeister Klingbeil und Wenger (Revier 111), Oberwachmeister Rum (Revier 7) und die Wachmeister Pohl sowie Feuerer von der 1. Inspektion Neutölln.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Allmähliche Beruhigung, nur vereinzelt Schneehauer, nachts mäßige Fröste. — In Deutschland: Im Westen, Süden und Mitteldeutschland allmähliche Beruhigung, stärkere Nachfröste, im Osten immer noch veränderlich mit Schneehauern.



Malzkaffee? Ja, aber nur Kathreiner, den echten, der ist besser und deshalb billiger — ein Pfundpaket für 45 Pfg. reicht für mehr als 100 Tassen...

Arbeiter und Bauern — vereinigt euch!

Die Agrarierpolitik schneidet aus eurer Haut gleicherweise Riemen

Im ganzen protestantischen Deutschland ist das Bauertum heute die eigentliche Domäne der Parteien der Harzburger Front. Der politische Kampf erscheint dort in völlig sinnloser Weise immer mehr als ein Kampf zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeiter und Bauer. Die jahrelange Agitation des Reichslandbundes hat eine Stimmung geschaffen, die in ihrem politischen Ergebnis die Voraussetzung für die wirtschaftliche Zerstörung des deutschen Bauertums bilden wird, wenn es der Harzburger Front gelingen sollte, am 5. März im Besitz der Macht zu bleiben.

Die von der Reichsregierung verkündeten Bierjahrespläne versprechen zwar, auch der Verelendung des Bauern ein Ende zu setzen. Ueber die Mittel zu diesem Ziel ist aber bisher amtlich nichts verlautet.

Das Geflüster der Amtsstuben dringt jedoch auch in die Öffentlichkeit.

Es dient als ein unvollkommener Ersatz der Öffentlichkeit der Gesetzgebung, die den parlamentarischen Staat auszeichnet und verhindert, daß Maßnahmen sinnloser Willkür und bürokratischer Willkür mit ihrer wirtschaftszerstörenden Kraft getroffen werden können, wie die, unter denen das Bauertum in den letzten drei Jahren zu leiden gehabt hat. Im Mittelpunkt aller Ueberlegungen scheint wieder einmal das Verschuldungsproblem zu stehen.

Das Sicherungsverfahren in Ostdeutschland hat den ostdeutschen Agrarkredit zerstört. Die Maßnahmen der zwangsweisen Zinssenkung und des Vollstreckungsschutzes haben dem Bauern auch in Westdeutschland bereits fast jeden Kredit genommen.

In den letzten 1½ Jahren lernte der Bauer eine Kapitalnot kennen wie noch nie, seitdem er vor fünfzig Jahren hundert Jahre aus der Hörigkeit und Leibeigenschaft befreit wurde. Nicht seinetwegen mußten diese Maßnahmen ergriffen werden. Die Masse des deutschen Bauertums ist niemals überschuldet gewesen, und ein Viertel bis ein Drittel des Bauertums ist wohl auch noch heute schuldenfrei.

Über der Großgrundbesitz mußte erhalten wer-

den, darum wurde auch dem Bauern der Kredit genommen.

Die Praxis des vor einem halben Jahre eingeführten Vermittlungsverfahrens hat zwar erwiesen, daß kein Bedarf nach einer Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes in der Landwirtschaft, abgesehen von den osthilfegeseigneten Gebieten des deutschen Ostens besteht. Aber was schiert das die Bürokratie, zu der zwar die Klagen der Bauern, die erstellige Hypotheken von ein-, zwei-, dreitausend Mark nicht erhalten können, nicht dringen, die aber das Gemüher der „entschuldeten“ ostdeutschen Großbetriebe hört, die schon wieder nicht mehr imstande sind, die Zinsen ihrer ersten Hypotheken und der Osthilfedarlehen aufzubringen. Was schiert das Herrn Hugenberg, der nun einmal von seinen alten verstaubten Entschuldungsprojekten nicht lassen mag!

Zugleich bemüht sich Herr von Rohr, der neue — brav ostbildliche — Staatssekretär, wiederum zu Kosten des Bauertums aus der neuen Krise des ostdeutschen Getreide- und Kartoffelbaues einen Ausweg zu finden.

Vor drei Jahren wurde den nordwestdeutschen Märkern Gebieten — insbesondere in Schleswig-Holstein, Oldenburg, Hannover und Westfalen — mit dem billigen Futtergetreide des Weltmarktes die Grundlage ihres Bestandes genommen. Das Ergebnis waren viele Hunderttausende von Kasischulden der verelendenden Bauern. Gleichzeitig bewirkten die hohen Getreidepreise eine Ausdehnung des Getreidebaues — wahrscheinlich in noch größerem Umfang, als die Statistik erkennen läßt —, und heute ist die Getreidekrise größer als vor drei Jahren!

Seit Jahrzehnten ist anerkannt, daß der deutsche Delfruchtanbau mit dem ausländischen nicht konkurrieren kann.

Das Interesse des deutschen Verbrauchers an einer billigen Speisefettversorgung und das des deutschen Bauern an einem billigen Futtermittel kamen in der Delfruchteinfuhr und -verarbeitung vorzüglich zur Deckung. Beides soll nun ein Ende nehmen.

Damit der banterotte Großagrariar in Ostdeutschland seinen Getreideanbau einschränken

und statt dessen Delfrüchte anbauen kann, damit die erforderliche Teilliquidation lebensunfähiger landwirtschaftlicher Großbetriebe vermieden wird, sollen Margarine und Delfrüchte zwecks Förderung des Delfruchtbaues verteuert werden! Dieses „dringende Erfordernis“ wird — wenn ihm Rechnung getragen wird — die Verelendung des Bauertums ebenso beschleunigen wie die seit drei Jahren betriebene Verteuerung des Futtergetreides und die Maßnahmen des Vollstreckungsschutzes bzw. der Zerstörung des Agrarkredits.

Der Kampf zwischen Stadt und Land hat nur Sinn für den Großgrundbesitz. Denn Brot und Kartoffeln müssen die Arbeiter essen, wollen sie nicht verhungern. Daß sie sich den Fleisch-, Milch-, Eier-, Obst- und Gemüseverbrauch „abgewöhnen“ können, haben die letzten Jahre der Wirtschaftskrise gelehrt.

Diese letzten Jahre haben auch zu der klaren Erkenntnis geführt, daß, je höher die Brot- und Kartoffelpreise sind, um so geringer die Kaufkraft des Arbeiters für die Produkte der bäuerlichen Landwirtschaft wird.

Der Großbetrieb, der Getreide und Kartoffeln teuer verkauft und dem Markt und Einkauf eingeräumt wird, um dieses Ziel zu erreichen, schädigt damit nicht nur den Arbeiter, nicht nur den Bauern in Nordwestdeutschland, der seinen Schweinebestand verkleinern muß und in Rot und Verzweiflung gerät — er schädigt das ganze deutsche Bauertum!

Die neuen Pläne auf dem Gebiete des Vollstreckungsschutzes und der „Förderung“ des Anbaues von Delfrüchten in Deutschland würden nicht nur den Arbeiter schädigen, dem nach dem Schmalz auch die Margarine verteuert werden soll, sondern auch den Bauern, dem im Delfrucht das billigste Futtermittel und damit die Möglichkeit der Intensivierung seiner Meist für seine und seiner Familie Arbeitskraft zu kleinen Wirtschaft genommen werden würde.

Der von den Agrariern geschürte Kampf des Landes gegen die Stadt ist für den Bauern sinnlos und verderblich. Seine Interessen und die des städtischen Arbeiters und Arbeitlosen sind die gleichen. Sie sind beide denen des ostdeutschen Großagrariertums entgegengesetzt, das seit Jahren das Reich in den ausschließlichen Dienst seiner volks- und wirtschaftszerstörenden Interessen zu stellen bemüht ist.

Belgien und hinsichtlich der Baumwollwaren auch gegen England.

Noch vor wenigen Tagen hat der Staatssekretär Dr. Bang vom Reichswirtschaftsministerium nachdrücklich alle Rücksichten auf den Industrieexport versprochen. Auch Hugenberg hat sich in der gleichen Richtung geäußert. Die Tatsachen reden eine ganz andere und für Deutschlands Gesamtwirtschaft geradezu lebensgefährliche Sprache.

Diese Maßnahmen scheinen aber erst der Anfang von dem zu sein, was geplant ist.

Auf einer rheinischen Bauernversammlung hat der neue Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Rohr-Demmin, Andeutungen darüber gemacht, daß die Reichsregierung allen Ernstes die Forderungen des Reichslandbundes erfüllen wolle, die Buttereinfuhr völlig zu sperren.

Gegenwärtig bestehen mit den Buttereinfuhrländern, in der Hauptsache Holland, Dänemark und Finnland, Kontingentsvereinbarungen über 55 000 Tonnen Buttereinfuhr. Die frühere Jahreseinfuhr ist durch dieses Kontingent schon auf fast die Hälfte gedrosselt worden. Die Butterpreise haben davon nicht profitiert, weil sie von der Kaufkraft des Inlandes, nicht aber von der Einfuhr und der Höhe des Zolls abhängen.

Wenn Deutschland eine Buttereinfuhrsperr durchführt, gleichviel auf welchem Wege, dann begeht es einen handelspolitischen Gewaltstreik, der den sofortigen Zollkrieg mit den beteiligten Ländern zur Folge haben muß. Die Wirtungen für den industriellen Export Deutschlands wären unabsehbar.

Auch die in der Verfertigung verschwundene Butterbeimischung zur Margarine soll in der Form wiederbelebt werden, daß man

eine Margarineverteuerung auf dem Zollwege

versucht. Den an anderer Stelle besprochenen Plan zum Mehranbau von Delfrüchten will man dadurch fruchtbar machen, daß man den inländischen Delfrucht-Einfuhrzölle auf ausländische Delfrüchte verlegt. Das hätte automatisch eine Verteuerung der zur Margarineproduktion erforderlichen ausländischen Delfrüchte und damit die durch die Butterbeimischung nicht erreichte Verteuerung der Margarine zur Folge.

Auch für diesen Plan gelten selbstverständlich alle Einwände, die preispolitisch gegen die Butterbeimischung zu machen waren. Denn jede Margarineverteuerung muß bei der beschränkten inländischen Kaufkraft zur Bevorzugung der billigeren Margarine führen, kann aber niemals den Butterpreisen zugute kommen. Auf der anderen Seite aber ergeben sich auch hier die schwersten Folgen für den deutschen Industrieexport.

Alle diese Maßnahmen werden getroffen, um den Taumel der „nationalen Erhebung“ in der ländlichen Bevölkerung für die Wahlen am 5. März fruchtbar zu machen.

Sie dienen lediglich dem Austrag des politischen Konkurrenzkampfes zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten, deren Einfluß Hugenberg auf dem Lande um jeden Preis zurückdrängen möchte. Dieser Taumel neuer handelspolitischer Experimente, dieser Taumel des Exportmordes, muß zu einem fürchterlichen Erwachen führen. Es ist unvermeidlich, daß im Zuge dieser Entwicklung die Arbeitslosigkeit steigt und steigt, daß die Bauern noch weniger und zu noch schlechteren Preisen verkaufen als bisher. Aber wer kümmert sich heute um derartige Folgen, wenn man den politischen Taumel der nationalen Erhebung nötig hat, um den Boden für zweifelhafte politische Experimente zu schaffen.

Fords Hausbank pleite

Gouverneur verhängt Zahlungssperre

Der Gouverneur des Staates Michigan, eines ausgesprochenen Industriestaates in den USA, mit dem Zentrum Detroit hat für die Öffentlichkeit völlig überraschend eine allgemeine Zahlungssperre „wegen außergewöhnlicher Finanzverhältnisse“ verhängt. Die Zahlungssperre ist zunächst auf acht Tage befristet.

Im Hintergrund dieser aussehenerregenden Maßnahmen steht der Zusammenbruch der Union Guardian Trust Company, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist und ihre Schalter schließen mußte. Diese Bank befindet sich seit einigen Jahren im Besitz des Autokönigs Henri Ford, und die Finanzierung der Ford'schen Automobilbetriebe bildete einen wesentlichen Bestandteil ihrer Geschäftstätigkeit. Ueber die Ursachen des Zusammenbruchs ist noch nichts Näheres bekannt, ebenso wäre es verfrüht, aus der Pleite dieser Bank auf einen bevorstehenden Zusammenbruch des Ford-Konzerns zu schließen. Immerhin deuten verschiedene Meldungen der letzten Zeit darauf hin, daß die Situation bei Ford alles andere als rosig ist.

Wie vor dem Zusammenbruch der Danabank fanden seit mehreren Tagen fast ununterbrochen Konferenzen zwischen Regierung- und Notenbankvertretern sowie Henri Ford statt, um einer Zahlungseinstellung noch zuvorzukommen. Auffallenderweise nahm an diesen Besprechungen auch der Inhaber des Automobilkonzerns Chrysler, einer der größten Konkurrenten Fords, teil.

Der Erlaß der Zahlungssperre beweist, daß kein Ausweg aus der Zahlungseinstellung der Großbank mehr gefunden werden konnte, so daß der Gouverneur das Moratorium zum Schutz gegen einen allgemeinen Run auf Banken und Sparkassen erließ. Betroffen werden hierdurch etwa 500 Banken und Sparkassen mit mehreren Milliarden Mark Einlagen.

Handel und Kaufkraft

Die Hälfte des Volkseinkommens wandert zum Kaufmann

Das Sonderheft 32 des Konjunkturinstituts (Berlag Reimar Hobbing) befaßt sich in sehr eingehender Weise mit „Umsatz, Lagerhaltung und Kosten im deutschen Einzelhandel 1924 bis 1932“.

Wichtigste Feststellung ist, daß die Umsätze des Einzelhandels stets eng mit der Entwicklung der Massentaufkraft, des Volkseinkommens abhängig sind. Im Jahre 1928 betrug das gesamte Einkommen des deutschen Volkes 77,6 Milliarden Mark; davon wurden 36,3 Milliarden Mark, fast die Hälfte zum Kaufmann getragen. Rechnet man den Handwerks- und Fleischerumsatz hinzu, so wurden sogar 60 Proz. des Volkseinkommens im Einzelhandelsumsatz ausgegeben.

Seit 1930, als die Schrumpfung der Massentaufkraft sich stärker durchspielte, sind die Einzelhandelsumsätze stark zurückgegangen. Sie werden für 1932 vom Konjunkturinstitut auf nur 23 Milliarden Mark geschätzt. Von dem Rückgang wurde der Handel mit Kultur- und Luxusgütern naturgemäß viel stärker als der Handel des starren Bedarfs (Lebensmittel) betroffen.

Wichtig sind gegenüber der nationalsozialistischen Demagogie die Feststellungen über den Anteil der einzelnen Handelsgruppen. Vom Gesamtumsatz entfielen in den letzten Jahren stets nur 4 Proz. auf die Warenhäuser; etwa den gleichen Anteil haben die Konsumvereine. Die Einheitspreisgeschäfte legen trotz ihres Vordringens nur ein Prozent vom Gesamtumsatz um. Nur eine Gruppe konnte ihren Anteil merklich erhöhen, der Markt-, Straßen- und Hausierhandel von 6,5 Proz. im Jahre 1928 auf 7,4 Proz. im Jahre 1931. Aber das ist auch nur ein leicht erstickliches Zeichen der heutigen Not.

Wann aber wird der Einzelhandel einsehen, daß ihm nicht die nationalsozialistischen Phrasen, sondern nur eine Stärkung der Massentaufkraft helfen kann?

7 Proz. Dividende der Rheinischen Hypothekenbank. Die Rheinische Hypothekenbank A.G. in Rannheim schließt das Geschäftsjahr 1932 nach Abhebung erheblicher Rückstellungen und Abschreibungen mit einem erhöhten Reingewinn von 1,46 gegen 1,38 Millionen Mark ab. Die Dividende, die im Vorjahr von 10 auf 6 Proz. gekürzt wurde, wird für 1932 auf 7 Proz. wieder heraufgesetzt. Die Bank konnte infolge der Festigung des Rentenmarktes größere Wertpapierbestände mit erheblichem Gewinn gegenüber der Bilanzkrise von 1931 verkaufen, wodurch das Gesamtergebnis günstig beeinflusst wurde.

Taumel des Exportmordes

Deutschland wird an seinen Rettern zugrunde gehen

Die Regierung der nationalen Erhebung, für deren Wirtschaftspolitik Hugenberg allein verantwortlich zeichnet, scheint in einer raschen Folge handelspolitischer Experimente die extremsten Forderungen der hinter ihr stehenden Interessenten durchzuführen zu wollen.

Den autonomen Zollserhöhungen für Vieh, Fleisch, Schmalz und Speck, die nach der von der Papen-Regierung durchgeführten Kündigung von Handelsverträgen möglich war, ist gestern die Veröffentlichung der Kündigung von Zollbindungen

des deutsch-französischen Handelsvertrags

gefolgt. Für etwa 30 industrielle und landwirtschaftliche Positionen, darunter Saaten, alle frischen Gemüse, Salate, Beeren, Fische, Käse, Öle, Baumwollgarne, Baumwollgewebe und andere industrielle Artikel verlangt Deutschland die Aufhebung der Zollbindungen, d. h. Freiheit in der Festsetzung der Zölle. Es ist noch unklar, ob daraufhin die autonomen, d. h. nicht vertragsmäßigen Zollsätze in Kraft treten oder höhere Zollsätze verhängt werden.

Die Dinge laufen dann so, daß Frankreich von seinem Recht Gebrauch machen wird, in Verhandlungen Kompensationen zu fordern. Führen diese Verhandlungen innerhalb zehn Tagen nicht zum Ziel, dann ist Frankreich berechtigt, im Rahmen des durch die deutschen Kündigungen bedrohten französischen Exports Gegenmaßnahmen gegen die deutsche Einfuhr nach Frankreich zu treffen. Was bei dem Abschluß des Zusatzabkommens von vornherein zu sagen war, daß nämlich die Inanspruchnahme des Kündigungsrechts zwischen Deutschland und Frankreich zu einem schlechenden Zollkrieg führen muß, das wird jetzt eintreffen. Dabei zählt Frankreich noch heute zu den besten Käufern deutscher Waren.

Die deutsche Regierung versucht natürlich, die Bedeutung der Zollkündigungen gegenüber Frankreich zu bagatelisieren.

Es wird darauf hingewiesen, daß es sich nur um französische Exporte nach Deutschland von 30 Millionen Franken Industrieartikeln und 4 Millionen Franken agrarischen Produkten handelt. Diese Angaben wären noch nachzuprüfen. Aber es ist schon nicht gleichgültig, daß Deutschland als erstes Land von den Kündigungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht hat, nachdem Frankreich es seinerzeit war, das das Recht zur Aufkündigung von Zollbindungen für sich verlangt hatte und die Papen-Regierung sich viel darauf zugute tat, durch den Abschluß des Zusatzabkommens

schon damals die Kündigung des deutsch-französischen Handelsvertrages verhindert zu haben. Von diesem Handelsvertrag hatte bisher Deutschland den größeren Vorteil. Deutschland liefert jetzt Frankreich den Borwand, den deutschen Export nach Frankreich seinerseits nach allen Regeln der Kunst einzuschränken.

Entscheidend aber ist, daß das Vorgehen gegenüber Frankreich die bedenklichsten Fernwirkungen hat.

Schon die autonome Erhöhung der Vieh-, Fleisch-, Schmalz- und Speckzölle hat in Holland und den nordischen Ländern einen Sturm der Entrüstung gegen Deutschland hervorgerufen. In Dänemark ist erklärt worden, daß Deutschland immer wieder zu der Ueberlegung zwingt, noch mehr als bisher sich auf Käufe in England einzurichten. In Holland bereitet sich eine neue Boykottbewegung vor. Die Kündigung der französischen Zollbindungen aber wird sich nicht nur wieder gegen Holland und Dänemark auswirken, sondern auch gegen Jugoslawien.

„Das Ende Hamburgs ..“

Hanseaten zu dieser Handelspolitik

Im „Hamburger Fremdenblatt“ nehmen führende Männer der Hamburger Verwaltung und Wirtschaft zu der agrarpolitischen Handelspolitik Deutschlands in einer Form Stellung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Oberbürgermeister Petersen erklärt, die Vernichtung der Handelsbeziehungen würde das Ende Hamburgs und den Tod der deutschen Schifffahrt bedeuten. Die leitenden Direktoren der Hamburger Großbetriebe, wie W. Blohm von der Werft Blohm u. Voß, machen für die besonders drückende Arbeitslosigkeit im Schiffbau und den verwandten Maschinenbetrieben die jetzige Handelspolitik verantwortlich, während des Vorsitzende des Vereins Hamburger Exporteure feststellt, daß die Abschließung vom Auslande völligen Verzicht auf Weltgeltung und Weltpolitik bedeute.

Diesen Ausführungen, denen sich in der gleichen Linie eine Anzahl weiterer führender Hamburger Beamter und Wirtschaftler anschließt, wäre noch hinzuzufügen, daß die Abschließungspolitik nicht nur das Ende Hamburgs, sondern das Ende von Millionen erwerbstätigen Deutschen bedeuten würde.

Das freie Wort Kongreß in Berlin

Dem Beschlusse zur Freiheit des Wortes in Rede und Schrift, zur Freiheit der Forschung, der Kunst, der Schule und der Wissenschaft dient der Kongreß, den zahlreiche freiheitliche Organisationen, so der Deutsche Freidenkerverband, der Verband der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter u. a. m., und Persönlichkeiten am 19. d. M., vormittags 10 Uhr, im großen Saal der Krolloper beginnen. Führende Männer und Frauen aus all diesen Arbeitsgebieten werden als Referenten oder Diskussionsredner sprechen. Neben den Delegierten und sonstigen Teilnehmern erhalten auch Gäste Zutritt gegen geringen Kostenbeitrag, der für Erwerblose noch stark ermäßigt wird.

Papen isoliert Absage im Saargebiet

Saarbrücken, 14. Februar.

Papen und Seidie haben am Dienstag in Saarbrücken einen deutlichen Beweis erhalten, wie die Bevölkerung des Saargebietes über die Hitler-Regierung und den Papen-Kurs urteilt.

Auf seinem Weg nach Neunkirchen war Papen im Regierungsgebäude von Saarbrücken abgestiegen. Hierher hatte er auch die Vertreter der deutschen Presse zu einem Empfang gebeten. Die Vertreter der Zentrums- und sozialdemokratischen, kommunistischen und demokratischen Blätter hatten es jedoch abgelehnt, dem Wunsche des Vizekanzlers zu entsprechen. Die Redaktionen der Zeitungen der Zentrums- und sozialdemokratischen Parteien schickten einen Brief an das saarländische Regierungsmitglied, daß sie angesichts der Behandlung der Zentrums- und sozialdemokratischen Parteien durch Herrn von Papen nicht imstande seien, an der Pressebesprechung teilzunehmen.

Zentrum, Sozialdemokraten, Kommunisten und Staatspartei bedeuten fünf Sechstel der Bevölkerung des Saargebietes. Die Demonstration gegen Papen findet bei ihr ungeteilten Beifall.

Leichtsinn von Neunkirchen Die Sozialdemokratie hatte rechtzeitig gewarnt

Neunkirchen, 14. Februar.

Vor drei Jahren, als der inzwischen explodierte Gasbehälter in Neunkirchen gebaut wurde, haben die sozialistischen Vertreter im Gemeinderat protestiert, daß dieser Gasbehälter, der zweitgrößte Europas, mitten in eine bewohnte Gegend gesetzt wurde. Neben dem Gasbehälter läuft eine der belebtesten Straßen des Saargebietes, die Straße nach Saarbrücken. Hundert Meter weiter befindet sich eine Schule mit 500 Kindern. Zum Glück war die Schule zur Zeit der Explosion leer, sonst wären hunderte von Kindern umgekommen. Die Frau des Schuldieners ist durch die Explosion durch das Fenster ihrer Wohnung auf die Straße geschleudert worden. Die zerstörten und vom Erdboden verfliegen Wohnhäuser lagen unmittelbar neben der Explosionsstätte.

Die sozialdemokratischen Vertreter im Gemeinderat wurden damals überflimmt.

Göring schafft Arbeit Severings Name wird ausgemeißelt

Bodum, 14. Februar.

Die neue Regierung läßt sich mit besten Kräften anlegen sein, Arbeit für die Erwerblosen zu beschaffen. Die Ausrottung des Mergismus bietet ihr dazu die beste Gelegenheit. Am Montagmorgen waren Bauarbeiter damit beschäftigt, die Polizeiuferkante an der Castrop-Strasse in Bodum von mergeligen Merkmalen zu säubern. Die Bezeichnung an der Hauptfront des Gebäudes „Polizeiuferkante Staatsminister Severing“ wurde Buchstabe um Buchstabe aus der Wand herausgemeißelt. Die Kosten dieser wichtigen Arbeit gehen zu Lasten der Staatskasse. Mit der Beseitigung der Inskription ist ein gefährliches Stück Mergismus in Bodum ausgerottet.

Eisleben



Na, ist das noch immer keine Arbeitsbeschaffung?

SA stürmt Jugendheim

Selbst Kinder nicht mehr sicher

Magdeburg, 14. Februar.

Am Sonntagvormittag hatte sich die hiesige Hitler-Garde vom Domprediger Martin im Stile der „Amen“ geistlich einsegnen lassen. Am Abend des gleichen Tages verübten sie einen schamlos rohen Mordfall auf das städtische Franke-Jugendheim. Dort veranstaltete der Ortsausschuß für Jugendpflege einen heiteren Abend. Es waren 615 Karten an Kinder, Jugendliche und Frauen ausgegeben worden. Da zu dem Abend das Schlicht-Marionetten-Theater mitwirken wollte, war der Andrang ungemein stark. Bereits um 20 Uhr mußte der Hausverwalter den großen östlich überfüllten Vortragssaal schließen. An der Veranstaltung beteiligten sich alle Jugendbünde, die im Franke-Jugendheim Aufnahme gefunden haben. Noch nie ist es in dem Heim zwischen den einzelnen Bänden zu politischen Auseinandersetzungen gekommen. Erst seit der Zeit, seit der die Hitler-Jugend dort ein Zimmer belegt hat, herrscht Unruhe im ganzen Haus.

Bis um 21 Uhr war die Vorstellung im Heim völlig ruhig verlaufen. Nach einer kurzen Pause begann das vorgesehene Varietéprogramm. Während wurde, wie die „Volksstimme“ berichtet, die Saaltür aufgerissen und eine

Menge von ungefähr 80 uniformierten SA-Deuten

stürmte in den Saal. Sie stürzten zu den Lichtschaltern und schalteten das Licht im Saal ein. Dann marschierten sie mitten während der Vorstellung durch den vollbesetzten Saal bis zur Bühne unter Führung eines SS-Mannes. Es erschallte laut das Kommando „SA vor!“ Das war das Signal zu einer wüsten Schlägerei. Wühler schlugen die achtzig SA-Deute mit Stabkruten, Degenhaken, Gummiknüppeln und Schulterringen auf die Jugendlichen ein.

Alles drängte sofort zu dem Saalausgang. Ohne Erbarmen stürzten sich die SA-Deute auf Frauen und Mädchen. Einer älteren Frau rief ein Wühler SA-Mann zu: „Ihr habt jetzt 14 Jahre registriert. Jetzt werden wir zeigen, wie registriert wird.“ Dabei schlug er unaufhörlich mit einem Gummiknüppel über den Rücken der Frau, die mit einem kleinen Jungen zu dieser Veranstaltung erschienen war.

Der achtjährige Fred Hermeke, Mariannenstraße, erhielt eine so schwere Kopfverletzung, daß er in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Einem anderen Jugendlichen wurde mit einem Karabinerhaken die ganze Lippe und die Backe aufgerissen. Bei dieser wüsten Schlägerei wurden nicht nur Angehörige der sozialistischen Arbeiterjugend, sondern auch Mitglieder bürgerlicher Jugendverbände verletzt. Von verschiedenen Personen wurde beobachtet, daß die SA mit geladenen Revolvern in das Haus eingedrungen war. Als besonderer Schläger wurde der SA-Mann Ehrenberg, Dranienstr. 2, erkannt.

Der Heimverwalter war gegenüber diesen Streichen vollkommen machtlos. Vor seinen Augen

traten junge SA-Deute zehnjährigen Mädchen von bürgerlichen Vereinen vor den Leib.

Ein Teil der SA-Deute stürmte zum Heimzimmer der Sozialistischen Arbeiterjugend. Sie fanden die Tür verschlossen. Sie erbrachen sie einfach mit Gewalt. Die Jungsozialisten, die sich in dem Zimmer aufhielten, wurden von den eindringenden SA-Deuten niedergeschlagen. Auch sie erlitten erhebliche Verletzungen. Als der Jungsozialist Körner nach dieser Schlägerei das Heim verlassen wollte, fand er es noch immer von Nationalsozialisten umstellt. Mit einem Degenhaken schlug ein Nationalsozialist ihn über den Kopf. Von hilfsbereiten Personen mußte er zu einem Arzt gebracht werden.

Als das von der SA alarmierte Mordkommando erschien, hatte der größte Teil der bewaffneten SA-Deute das Heim gesucht.

Der von Bracht-Papen eingesetzte Polizeipräsident Freiherr von Nordenfischke läßt über den Vorfall einen Bericht herausgeben, der eine moralische Verurteilung der schuldigen Schläger darstellt. Er behauptet, einige Jugendliche der Hitler-Partei „fühlten sich bedroht“, weshalb sie aus dem Standortquartier der SA „Unterstützung herbeiholten“. Nachdem diese SA-Deute eingetroffen, sei es um 10 Uhr abends zu „einer kleinen Schlägerei“ gekommen.

Hoovers Abschiedsrede

Bei einer Lincoln-Feier

Eigener Bericht des „Vorwärts“

New York, 14. Februar.

Bei einer Lincoln-Feier hat der scheidende Präsident Hoover eine Rede gehalten, die als politisches Testament geben kann und zugleich als Richtlinie der künftigen Politik der Republikanischen Partei.

Hoover erklärte, Amerika stehe an einem Kreuzweg. Es könne zwischen drei Wegen wählen, zwischen Weltkooperation, Isolierung oder Inflation. Hoover selbst ist für die Rückkehr der Staaten zum Goldstandard und für die Verwendung der Schuldenszahlungen zur Währungsstabilisierung in den Schuldnerstaaten. Bevor dies nicht geschehen sei, dürfe die USA ihre Handelsbarriere und die Zölle nicht senken. Die Bedeutung der Schuldenszahlungen und ihre Wirkungen sei von der Propaganda der europäischen Schuldner stark übertrieben worden. Eine Streichung der Schulden sei abzulehnen.

Oesterreich zahlt nicht

Einstellung der Eisenbahnpensionen

Wien, 14. Februar.

Wie spät abends verlaudet, erklärt die Generaldirektion der Oesterreichischen Bundesbahnen, daß sie am Ersten des kommenden Monats nicht mehr in der Lage ist, Gehälter an ihre Pensionisten auszusahlen. Da die Bundesbahnen ein halbstaatliches Unternehmen sind, für welches der Bund haftet, liegt geradezu eine Zahlungsein-

stellung des Bundes vor. Die Nachricht hieron hat größte Erregung hervorgerufen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben sich mit dem Bundeskanzler und dem Finanzminister ins Einvernehmen geeinigt, um sie auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die diese Zahlungseinstellung noch sich ziehen müßte.

Es ist allgemein bekannt, daß jenes Oesterreich, wie man es in St. Germain 1919 mißgestaltet hat, sich aus eigener Kraft nicht erhalten kann. Es muß dauernd Sanierungsanleihen erhalten. In der Weltkrise wäre das in dem Lande des weitwirkenden Großbankenkrisis noch nötiger als sonst, aber selbst die Auszahlung der neuesten 100-Millionen-Schilling-Anleihe verzögert sich immer aufs neue, woran die große Hirttenberger Waffenschiffung Italien-Ungarn nicht ohne Schuld ist.

Abfrage in Hamburg

Nicht überall sind die Trauben zu erreichen

Hamburg, 14. Februar.

In Hamburg wurde in den letzten Wochen über die Neubildung eines Senats verhandelt, der unter Führung der Nazis stehen und von der Staatspartei toleriert werden sollte. Diese Verhandlungen sind jetzt durch eine Abfrage der Staatspartei gescheitert. Die Nationalsozialisten haben daraufhin die Auflösung der Bürgerschaft beantragt, über die am 24. Februar beschlossen werden soll.

Listenverbindung

Was sie kann und was sie nicht kann

Aus dem Büro des Parteivorstandes wird uns geschrieben:

Wie vor den letzten Wahlen wird auch jetzt wieder viel über Listenverbindung gesprochen. Für große Parteien, die ihre Stimmen voll auswerten können, kommt sie nicht in Frage. Sie hat nur Sinn für kleine Parteien. Auf der Reichsliste können nämlich nur so viel Mandate ausgeteilt werden, als die betreffende Partei Mandate in den Bezirken bekommen hat. Die Staatspartei brachte am 6. November nur 1 Mandat in einem Bezirk (Baden-Württemberg) auf und erhielt daher auch nur 1 Mandat auf der Reichsliste, obgleich sie noch Stimmen für weitere 4 Mandate auf der Reichsliste besaß. Wäre damals ihre Liste an die unserer Partei angeschlossen gewesen, so hätte die Staatspartei nicht 2, sondern 6 Mandate erhalten. Die Sozialdemokratische Partei hatte am 6. November in den Bezirken 118 Mandate und erhielt auf der Reichsliste noch 8 dazu, die Kommunistische Partei bekam in den Bezirken 91 Mandate und noch 9 auf der Reichsliste. Bei einer Listenverbindung hätten beide Parteien zusammen kein einziges Mandat mehr erhalten. Für sie hätte also eine Listenverbindung keinen Sinn gehabt. Da für einen Stimmenrest von mehr als 30 000 Stimmen auf der Reichsliste noch ein Mandat ausgeteilt wird, und 1930 sowohl die Sozialdemokratische wie die Kommunistische Partei je einen solchen Stimmenrest aufwiesen, bekamen sie beide je ein Restmandat. Hätten sie damals ihre Listen verbunden gehabt, so wären die beiden Reste zusammengezählt worden, hätten nur noch ein Restmandat von 60 000 Stimmen ergeben und der dann noch verbliebene Rest wäre leer ausgegangen. Sie hätten bei Listenverbindung also sogar zusammen noch ein Mandat weniger gehabt als bei getrennten Listen.

Listenverbindung zwischen Sozialdemokratie und KPD. kann also unter Umständen noch schaden. Mit der Frage der Einheitsfront hat diese Frage, die eine rein wahltechnische ist, nichts zu tun.

Diktatur einigt

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Warschau, 14. Februar.

Die zusammengeschwindelte Regierungsmehrheit des Sejm nimmt den Haushaltsplan an, aber — zum erstenmal seit der Ausrückung der Diktatur — haben alle anderen, bisher noch halbwegs regierungsfreundlichen Parteien sich zur Opposition geschlagen. Die Fraktionen der bürgerlichen Deutschen und der Juden, der christlichen Demokraten und der gemäßigten Weisrussen und Ukrainer stimmten mit der gesamten Linken (Centros) und der Rechten (Nationaldemokraten) gegen die Regierung.

Diese entschiedene Wendung der bisher noch schwankenden Parteien zu entschiedenster Opposition spiegelt die ungeheure Unzufriedenheit und Erregung im ganzen Lande wider.

HEINRICH JACOBI
Hausmarke
N° 20...20A
N° 15...15A
N° 10
10A

ORIGINALGRÖSSE N° 10...10A
Am grünen Band wird sie erkannt!



DAS HOCHWERTIGE ENDPRODUKT VON
100 Jahren Erfahrung
ORIGINAL HEINRICH JACOBI ZIGARREN FABRIKEN
FABRIKAT
6EGR.1892
Erhältl. in ca. 4000 Berl. Zig.Läden u. i. allen U. Bahnhfn.

Hitler soll sein Wort einlösen

Die Arbeitsinvaliden erinnern ihn daran

Unter der Rot dieser Tage haben ganz besonders die Arbeitsinvaliden zu leiden. Wer weiß, was in so manchem Haushalt von den karglichen Groschen der Sozialrentner oft alles bestritten werden muß, daß mit diesen Groschen nicht nur die alten Leute sich selbst über Wasser halten, sondern meist auch noch mithungernde Angehörige mildurchschleifen müssen, der begreift, warum immer von neuem die Arbeitsinvaliden die Beseitigung der Rentenkürzungen, die Beseitigung des Rotverordnungsrechts verlangen.

Viele Arbeitsinvaliden hoffen auf Hitler.

Sie meinen, der werde alles zum besten wenden und vor allem das den alten Leuten angetane Unrecht wieder gut machen.

Nun ist Hitler Reichskanzler. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden Deutschlands sieht sich aber genötigt, auch jetzt genau so wie gegenüber der früheren Regierung die sofortige Aufhebung der Rotverordnungen über die Rentenkürzungen zu fordern. Der Zentralverband hat eine Eingabe an den Reichskanzler Hitler gerichtet. Diese Eingabe lautet in ihrem Kernpunkt folgendermaßen:

„Bei den Beratungen im Reichstag hat 3 hr e

Partei, Herr Reichskanzler, für die Aufhebung der Rotverordnungen gestimmt und ein Antrag der Nationalsozialisten gelangte zur Annahme, der eine umfassende Winterhilfe verlangte.

Wir verweisen insbesondere auf die Beschlüsse des Haushaltsausschusses vom 12. und 13. Dezember 1932 und auf die Beschlüsse des Sozialen Ausschusses des Reichstages vom 25. Januar 1933. Diese Beschlüsse auf Aufhebung der Rotverordnungen und Schaffung einer umfassenden Winterhilfe sind unter einstimmiger Mitwirkung Ihrer Parteianhänger zustande gekommen. Wir verweisen auch darauf, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in zahllosen Versammlungen durch ihre prominenten Vertreter und durch die Presse dieser Partei immer wieder erklärte, daß die Rotverordnungen sofort beseitigt werden müssen.

Jetzt sind Sie, Herr Hitler, als Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Kanzler des Deutschen Reiches.

Die Arbeitsinvaliden, Arbeiterwitwen und -waisen, denen durch die Rotverordnungen der früheren Regierungen schwere Not aufgebürdet wurde,

fragen jetzt mit Recht, ob nunmehr, nachdem der Chef der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Reichskanzler ist, das gegen sie begangene Unrecht schnellstens beseitigt wird.

Die fürchterlichen Rentenkürzungen, in Tausenden von Fällen der völlige Entzug sozialer Renten, die unter der Aera Ihres Mitarbeiters, Herrn v. Papen, bis zur Unenträglichkeit gedrückten Wohlfahrtsunterstützungen, haben die Verzweiflung in den Kreisen dieser treuen Arbeitsinvaliden bis ins Unermeßliche gesteigert. Die Zahl der Selbstmorde steigt von Tag zu Tag.

Sie, Herr Reichskanzler, haben immer versprochen.

das Unrecht, das durch die Rotverordnungen geschaffen wurde, mit Ihrem Amtsantritt wieder gutzumachen. Im Auftrage der Arbeitsinvaliden und Arbeiterhinterbliebenen unterbreiten wir Ihnen unsere Forderung, gestützt auf Ihre und Ihrer Parteiführer Versprechungen, die die Arbeitsinvaliden so schwer drückenden Rotverordnungen außer Kraft zu setzen und das alte soziale Recht wieder herzustellen.“

Wir sind gespannt, welches Echo dieser Hilferuf auslösen wird.

wir würden über diese Auslassungen eines Pathologen abschließend hinweggehen. Daß die Nazis nur gegen die Gewerkschaftsführer sind, daß diese die Arbeiter verraten haben, daß man „mit den Parasiten aufräumen“ werde, diese und ähnliche Phrasen haben die Nazis von den Kommunisten gelernt. Daß die NSDAP nach den Reichstagswahlen gegen die Gewerkschaften vorgehen werde, ist ein etwas vorzeitiges, aber ausschlagreichendes Geständnis. Daß „man“ nicht dulden werde, daß die Gewerkschaften die Politik bestimmen, ist ein alter Wunsch aller Schornmacher. Und daß Hitler Reichskanzler bleiben werde, wie immer die Wahl ausfalle, ist eine Ankündigung, die weder von Siegesicherheit, noch von Intelligenz zeugt.

Im Grunde aber sind wir dem Reichsleiter der NSD. dankbar für seine Offenherzigkeit. Er enthüllt, was Herrn Hitler vorzwehrt. Wenn der Schumann aber die einschränkende Bewegung macht, erst mühte über allen Betrieben die Hafentruzzjahre wehen, aber alle Pläne erfüllt werden können, dann will uns scheinen, daß er den Vierjahresplan zur Rettung der Arbeiter, den Zwölfjahresplan zur Vernichtung des Marxismus und die Verwirklichung aller anderen „Schwebenden“ Pläne zeitlich noch weiter hinausschiebt und als Schutzpatron Sankt Kimmertein gewählt hat.

SPD.-Betriebs-Vertreterleite!

Am Freitag, dem 17. Februar, 1930 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18, **Funktionärkonferenz** aller SPD.-Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre. Tagesordnung: 1. Wahl der Vertreter für den erweiterten Bezirksvorstand 2. Referat des Genossen A. Häuser über das Thema: „Entscheidende Klassenkämpfe in Deutschland“. Ohne Parteimitgliedsbuch und Funktionärsausweis der Partei kein Eintritt. **Das Betriebssekretariat.**

Afshinger wählt

Gewerkschaftliche Einheitsfront

Heute beginnt im Afshinger-Konzern die Wahl zum Betriebsrat, deren Dauer auf vier Tage festgelegt ist. Diesmal wird in allen Bierquellen, Konditoreien und sonstigen Afshinger-Betrieben die Abstimmung vorgenommen werden. Dadurch dürfte die Wahlbeteiligung erheblich steigen. Drei Listen stehen einander gegenüber: die freigewerkschaftliche, die Liste der NSD., und eine Liste der Nazis.

Bisher hatte die NSD. die absolute Mehrheit im Betriebsrat. Sie ist durch die freigewerkschaftlichen Betriebsratsmitglieder gezwungen worden, ihre Kämter niederzulegen und sich einer Neuwahl zu unterziehen.

Diese NSD.-Mehrheit des Betriebsrats hat bei der letzten Wahl ein riesiges Programm von Versprechungen aufgestellt. Nicht eine einzige dieser Versprechungen ist eingehalten worden. Dagegen hat die NSD.-Mehrheit des Betriebsrats mit der Firmenleitung ein Sonderabkommen getroffen, wodurch der Tarifvertrag in Punkt Lohnzahlung und Arbeitszeit verschlechtert worden ist.

Die Afshinger-Belegschaft erinnert sich nicht nur dieses Betrugs an ihren Interessen. Sie erinnert sich auch, daß dieser selbe NSD.-Betriebsrat gegen den Tarifvertrag Sturm gelaufen ist, weil er ihm nicht gut genug war, und eine Abstimmung veranstaltet hat, deren Ergebnis angeblich eine über große Mehrheit für den Streik gewesen wäre. Tatsächlich hat niemand gestreikt, weder ein Mitglied des Betriebsrats noch sonst einer der großen Belegschaften der NSD.

Die Belegschaft von Afshinger, die heute und die folgenden drei Tage zur Wahl geht, muß ein Bekenntnis ablegen: für die gewerkschaftliche Einheitsfront, gegen den Faschismus, gegen alle Spaltungsvorwürfe, gegen den Versuch, die Arbeiterkraft mit Hilfe der Spaltung zu fesseln und zu entzweien.

Nicht nur die Kollegen in den anderen Gastwirtsbetrieben, die gesamte Arbeiterkraft Berlins erwartet von der Belegschaft von Afshinger, daß sie der freigewerkschaftlichen Einheitsliste, der Liste 1, beginnend mit dem Namen Kohn, zum Siege verhilft.

Jules Lapierre

Ein Veteran der französischen Gewerkschaftsbewegung, der beigeordnete Sekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, Jules Lapierre, ist im Alter von fast 60 Jahren in Versailles gestorben. Lapierre war von Beruf Bauarbeiter. Seine besondere Leistung ist nach der Schaffung des Landesauschusses der Gewerkschaften die Organisation der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Departementsverbänden. Darüber hinaus hat Lapierre sich in den letzten Jahren besonders den Fragen der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wie der Sozialversicherung im allgemeinen gewidmet. Er war ein bescheidener und rastloser Vorkämpfer der Arbeiterkraft.

Hierzu 2 Beilagen

Einheitsfront marschiert

Zusammenschluß in den Gewerkschaften

Während die kommunistischen Parteiführer und Redaktoren höchst unzeitgemäße Betrachtungen darüber anstellen, auf welches Geleise die Frage der Einheitsfront geschoben werden soll, bricht in den Reihen der kommunistischen Arbeiter und Angestellten immer mehr die Erkenntnis durch, daß mit Einheitsfrontdiskussionen jetzt keine Zeit vergeudet werden darf. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten lassen sich nicht mehr auseinanderreden, wie auch wieder die Funktionärversammlung der Berliner Ortsverwaltung des Butab am Montag im Gewerkschaftshaus lehrte.

Diesem Funktionärkörper gehört eine verhältnismäßig große Zahl von Mitgliedern und Anhängern der SPD. an. Der Geschäftsführer des Butab, Genosse Schweiger, legte in einem instruktiven Vortrag dar, was die Arbeiterschaft von der neuen Regierung zu erwarten hat.

Ihre bisherigen Taten, wie die Schmalzprettierung, die Einschränkung der Pressefreiheit, die Entsetzung der sogenannten Parteibuchbeamten durch Mitglieder der Regierungsparteien und ähnliche Maßnahmen lassen deutlich erkennen, welchen Kurs sie nach den Wahlen zu nehmen gedenkt. Für die Arbeiter und Angestellten stehen jedenfalls noch schwere Prüfungen bevor. Die Arbeiterschaft wird diese Prüfungen nur bestehen, wenn sie sich einig ist. Diese Einigkeit wird aber

nicht gefördert durch Einheitsfrontmanöver, wie sie die Führung der SPD. nun schon seit Monaten betreibt. Wer im Ernst die Einheitsfront will, muß den Führern der SPD. nahelegen, endlich die Einheitsfronttaktik aufzugeben und ehrliche Verhandlungen mit der Sozialdemokratie anzubahnen, mit dem Ziel der Herstellung einer aufrichtigen Einheitsfront. Ein solches Vorgehen würde auch auf den gemeinsamen Gegner der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten seinen Eindruck nicht verfehlen.

Von den sogenannten oppositionellen Funktionären hatte in der Diskussion nur ein einziger den Mut, den Standpunkt der SPD.-Führung zu verteidigen, wozu nach ein Richtungsgriffpunkt zwischen der SPD. und der SPD. nicht abgeschlossen werden dürfe, weil die „Kritik“ an der Sozialdemokratie gerade in der jetzigen Zeit notwendig sei. Alle anderen Redner, auch die übrigen kommunistischen, gaben ihrer Ueberzeugung keinen Ausdruck, daß in diesen Stunden der höchsten Gefahr für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung der Bruderstreit begraben und alles, was die kommunistische und sozialdemokratische Arbeiterschaft sonst trennt, zurückgestellt werden müsse. Die erdrückende Mehrheit der Butab-Funktionäre gab durch spontane Befallsäußerungen ihre Uebereinstimmung mit dieser vernünftigen Auffassung kund.

fordert eine Vertretung im Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamts Pommern. Im Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist deshalb ein schwerer Konflikt ausgebrochen. Arbeitgeber, Behördenvertreter und der stellvertretende Vorsitzende der Reichsanstalt stehen gegen die Gewerkschaften. Diese sind selbstverständlich gegen eine Anertennung der Selben und also auch gegen ihre Vertretung im Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamts Pommern. Eine Erfüllung der Forderung der Selben würde die Parität zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern völlig aufheben; denn bei allen Abstimmungen würden die Arbeitgeber zusammen mit dem Vertreter der landbündlichen „Arbeitergruppe“ überwiegen.

Die Vertreter der Gewerkschaften im Vorstand der Reichsanstalt lehnten es ab, an einem Beschluß mitzuwirken, der den Grundgedanken des Gesetzes, die Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, vernichtet.

Dieser Vorstoß der Selben kommt nicht von ungefähr. Sie sind überzeugt, daß jetzt, mit Hitler als Reichskanzler, der Kampf gegen die Gewerkschaften beginnt. Herr Schumann, Reichsleiter der NSD., hat diesen Kampf ausdrücklich angekündigt. Die Gewerkschaften werden ihm nicht ausweichen.

Das große Maul

Und was dahinter steckt

Der Reichsleiter der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, ein gewisser Schumann, Mitglied des Reichstags, sprach nach der „Kämpfer Zeitung“ in Braunschweig über Gewerkschaften.

Die NSDAP, sagte er, sei nicht gewerkschaftsfeindlich, aber sie sei gewerkschaftsfeindlich. Die Gewerkschaften seien an die Sozialdemokratische Partei verkauft worden. Zu ihnen gehöre auch ein Teil der christlichen-Gewerkschaften. Für diesen Verrat der Arbeiterschaft würden sich die Gewerkschaftsführer wahrscheinlich in kürzester Zeit zu verantworten haben. Die NSDAP werde mit den Parasiten aufräumen. Niemand brauche sich darüber zu wundern, wenn die NSDAP nach den Reichstagswahlen auch den Kampf gegen die Gewerkschaften aufnehmen. Man werde nicht mehr dulden, daß die Gewerkschaften in Deutschland die Politik bestimmen. Die NSDAP wolle deutsche Arbeiterführer haben, die die Seele des deutschen Arbeiters kennen. Das sei die Aufgabe der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation. Diese Organisation werde wahrscheinlich die große Arbeiterorganisation werden, die dem Führer Adolf Hitler vorschwebt. Aber alle Pläne seien nur zu erfüllen, wenn über dem letzten Betrieb die Hafentruzzjahre gehst werde.

Das Reichskabinett sei nicht rein nationalsozialistisch, aber man sei davon überzeugt, daß der Tag kommen werde, wo es sich nur aus Nationalsozialisten zusammensetze. Den Kommunisten werde man sagen: Wer in Deutschland sein Brot verdient, hat das Deutschlandlied zu singen. Wie die Wahl am 3. März auch ausfallen möge, das eine sei sicher: Diese Regierung werde bleiben, und Hitler werde auch Reichskanzler bleiben und weiterregieren. Niemals werde man die Macht wieder preisgeben, aber auch nicht über 3 Wirnsfäden stolpern.

Wäre nicht Hitler — absoluter Chef der NSDAP. — gegenwärtig Reichskanzler,

der Wirtschaft weiter befehlt, statt des nationalsozialistischen Führers Adolf Hitler.“

Die Kommandobrücken der Wirtschaft? In einem Beteiligungsbrief an die werten Gönner mit dem großen Portemonnaie schreibt die Deutschnationale Volkspartei:

„Mit der Berufung der National-Regierung Hitler-Hugenberg-Papen-Seldte durch den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg ist auch für die Wirtschaft ein entscheidender Wendepunkt in der nachkriegszeitlichen Entwicklung eingetreten. Der Deutschnationale Parteilührer Dr. Hugenberg ist als Führer der vereinigten wirtschaftlichen Ministerien in Reich und Preußen in diesem Kabinett der sicherste Garant dafür, daß nunmehr eine zielstrebige Aufbauarbeit in allen Teilen der Wirtschaft einsetzt, die privatwirtschaftlichen Grundlagen von neuem befestigt und sozialistische Tendenzen aus der Führung der Wirtschaftspolitik ferngehalten werden.“

Kuherdem ist bekanntlich der Stahlhelmführer Seldte Reichsarbeitsminister, der Deutschnationale Graf von Schwerin-Krozig Finanzminister. Das sind die Kommandobrücken der Wirtschaft.

Die Gelben auf dem Plan

Die Gelben schiden sich an, jetzt auf der ganzen Linie ihre Anerkennung als wirtschaftliche Arbeitnehmervereinigung im Sinne der Sozialgesetzgebung zu erzwingen. Sie wollen in den sozialen Körperschaften ihre Wahl- und Zerstreuungsschritte schärfer als bisher fortführen. Die Arbeitergruppe des Pommerschen Landbundes

Aufflieg

Gesamtverband gewinnt 14000

Die Werbeaktion des Gesamtverbandes hat in den letzten Monaten überaus erfreuliche Resultate gezeitigt. Die Ortsverwaltung Berlin konnte bis Ende Januar 4356 Neuaufnahmen verzeichnen. Hamburg 1800, Rheinland 860 (darunter Köln 533), München 675, Bremen 286. Die Gesamtzahl der Neuaufnahmen seit Beginn der Werbepériode beträgt über 14000!

Der Gesamtverband befindet sich im Aufstiege — trotz alledem und alledem. Daneben nehmen sich die Maulredner der NSD. wie lächerliche Zwerge aus.

Nicht im Bilde

Kommandobrücken der Wirtschaft

Die Effener Gauleitung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation erklärt zu den Forderungen der Zeichenbefiger:

„Die Zeiten sind endgültig vorüber, in denen marxistische und profitorientierte Aktionäre die deutsche Volkswirtschaft gefährdeten. 14 Jahre lang haben sie sich gegenseitig die Bälle zugespitzt und nur ihre ureigenen Interessen im Auge gehabt. Die Querschüsse, die der Zeichenverband jetzt abfeuert, indem er den Nationalsozialisten und die Lohnordnung es Ruhrbergbau kundigt, betrachten wir als Sobotage am nationalen und sozialen Aufbau. Scheinbar wäre es diesen Herren doch lieber gewesen, die Sozialdemokratie hätte die Kommandobrücken

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Feiertagen einmal. Abbestellter Sonntagsbeilage: „Volk und Welt“. Preis: 10 Pf. (Postgebühr 2 Pf.). Auslandsendonnement: 3,00 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 4,00 M. Bei 6 oder 12 Monaten 30% Ermäßigung. Die einpaltige Adresskarte: 1,00 M. Kleine Anzeigen: Das feilgebrachte Wort 20 Pf. Jedes weitere Wort 10 Pf. Abatit laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt: Wilmersdorfer Str. 16. Familienanzeigen: Wilmersdorfer Str. 16. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Wilmersdorfer Str. 16, bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor. Verantwortlich für Politik: Rudolf Wenzel; für Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Redaktion: Herbert Kasper; Fotos und Sonstiges: Felix Kasper; Anzeigen: Otto Bensch; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.